

Politische Berichte ★

Nummer 23/15. Jahrgang

17. November 1994

G 7756 D Preis 2,00 DM

Politische Berichte
Zeitung für sozialistische Politik.
Erscheint vierzehntäglich. Einzelpreis: 2,00 DM. Jahresabo: 65 DM,
ermäßigt Abo: 39 DM, Förderabo: 78 DM

Redaktionsanschrift
GNN-Verlag, Postfach 260226, 50515 Köln.
Hausadresse: GNN-Verlag, Zölpicher Straße 7, 50674 Köln.
Telefon: 0221/211658, Fax: 0221/215373

Kurdenverfolgung in ganz Europa?

Der Ausverkauf der Türkei reizt die Staaten der Europäischen Union zu politischen Verbrechen

Am 27. Oktober wurde in London Kani Yilmaz, Europasprecher der ERNK, verhaftet, direkt vor dem Parlamentsgebäude, in dem er mit Abgeordneten zu Gesprächen verabredet war. Damit hat sich die Politik der Kurdenverfolgung, deren Vorreiter in der EU die Bundesregierung ist, ein Stück weiter in die Gepflogenheiten der EU-Länder eingefressen. Noch ist zu hoffen, daß der erhebliche Druck der Öffentlichkeit in Großbritannien die Menschenrechtssituation dort wieder verbessert, immerhin stehen unter der Protestschrift allein schon 67 Parlamentsmitglieder. Aber wieso ist es überhaupt soweit gekommen? Einen wichtigen Hinweis gibt der Festgenommene selbst. Er sagt in einem Telefoninterview: „Sie (die brit. Regierung, d. Red.) haben mir den Rechtsweg verschlossen, weil sie nicht wollen, daß die Sache in der Öffentlichkeit Wogen schlägt. Das hat natürlich Gründe. Die Türkei bietet sich derzeit zum Kauf an, in der Türkei wird jetzt alles privatisiert. Es kann sein, daß es Absprachen gibt, daß England seinen Teil bei der Privatisierung abbekommen soll, und die englische Regierung deshalb zu einer solchen Maßnahme gegen mich geprägt hat. Das ist mir als erstes dazu in den Sinn gekommen. Es wurde gesagt, daß die türkische Botschaft in

London in diesem Zusammenhang mit England in Verbindung getreten ist und es eine solche Anfrage gegeben hat.“

Der ungerechte, völkermörderische und aussichtslose Krieg des türkischen Militärregimes hat diesen Staat in den Bankrott getrieben, und gerade dies bringt die gewissenlosen Ausverkäufer an seiner Spitze in eine — vorübergehend — starke Position. Die Politik der Privatisierung der Staats-einrichtungen ist

der letzte Schrei in der Verwaltungstheorie der imperialistischen Länder. Nach innen und nach außen kann sich die Staatsführung als Modernisierer brüsten. So lange der Ausverkauf läuft, hat die TR etwas zu bieten. Sie kann von den Käufern politische Gegenleistungen fordern. Wer Teile der Infrastruk-



Kani Yilmaz: „Die Türkei bietet sich derzeit zum Kauf an.“

tur eines Landes einkaufen kann, hat einen unschätzbarsten Stützpunkt. Dick drin sitzt die kurdenverfolgende BRD. Wer mit ins Geschäft will, muß bei der Kurdenverfolgung mitmachen.

Wieso hat die BRD einen Auslieferungsantrag gestellt? Vorgeschoßen wird die Behauptung, Yilmaz sei für den Brandanschlag in Wiesbaden verantwortlich, bei dem vor eineinhalb Jahren ein Mensch ums Leben kam und der die

schwerwiegendste Tat ist, die in der BRD in einen Zusammenhang mit den Kurdenprotesten gebracht werden konnte. Die britische Öffentlichkeit und auch die Regierungsstellen haben mit einem gewissen Hang zum Realismus K. Yilmaz als Vertreter einer Befreiungsbewegung, dessen Tätigkeit

britische Kreise stört, festgesetzt. Für die BRD sofort ein Grund, Yilmaz eine Straftat anzudichten.

Die britische Politik läßt sich die Möglichkeit offen, irgendwann einmal auf die kurdische Befreiungsbewegung zuzugehen.

Die bundesdeutsche Politik verbindet sich auf Gedeih und Verderb mit einem Regime von Völkermörtern.

Der Ausverkauf der Infrastruktur der TR kann nicht sehr lange laufen. So viel ist nicht da, besonders nicht an sogenannten „Filetstücken“.

Schon möglich, daß bundesdeutsche Anlieger das Rennen machen, weil die Bundesregierung in der Unterstützung des Völkermordes führend ist. Es ist Blutgeld? Dies Argument kratzt die Anlieger nicht. Es ist nicht ihr Blut, aber ihr Geld.

Mit ihnen muß über die Renditeausichten geredet werden. Hier stehen Minus 100% in Aussicht. In gar nicht so ferner Aussicht, wie sich im Tourismusgewerbe nachfragen ließe.

Wenn die Proteste gegen die Festnahme von Kani Yilmaz Erfolg haben werden, und das ist zu erwarten, so liegt das nicht nur an einer gewissenhaften britischen Öffentlichkeit, sondern auch an einer gerisseneren Außenpolitik, die bereits jetzt sieht: Mit der ERNK ist politisch zu rechnen. — (maf)

Eine Million Menschen in Haft

USA: Eine große Bevölkerungsgruppe wird weggesperrt

Mit mehr als einer Million Menschen hat die Zahl der Gefangenen in den USA eine nahezu unvorstellbare Höhe erreicht — von 200 erwachsenen Einwohnern ist einer im Gefängnis, nicht mitgerechnet die 45000 Häftlinge (1992) in örtlichen Gefängnissen, mehr als in jedem anderen Land, mehr als sechsmal so viel wie z. B. in Italien. Seit 1980 hat sich die Zahl der Gefangenen mehr als verdreifacht, die Entwicklung beschleunigt sich.

Das Ausmaß der Gewaltmaschine Gefängnis weist zuallererst auf die rassistische Unterdrückung der Menschen afro-amerikanischer, mexikanischer oder puertoricanischer Abstammung. Ein Großteil der Gefangenen sind Schwarze — im Verhältnis zu ihrem Anteil an der Bevölkerung sind es siebenmal soviel wie Weiße. Aber wie ist die Explosion der Gefangenenzahlen zu erklären? Nicht aus der Zunahme von Straftaten jedenfalls, die viel niedriger liegt. Nein, im Auswuchern des Gefängnisystems spiegelt sich nicht eine entsprechende Zunahme der Kriminalität wider, sondern eine Zunahme der Repression, die Tendenz, große und wachsende Teile der Unterdrückten aus der Gesellschaft auszusondern und wegzu-

sperren. Unter den Gesetzen, die in den letzten Jahren verschärft wurden, sind zwei besonders hervorzuheben.

Im Frühjahr dieses Jahres trat in mehreren Bundesstaaten ein neues Gesetz in Kraft, demzufolge Menschen, die zum dritten Mal für eine Tat verurteilt wurden, die auf einem Katalog von 40 bis 60 Straftaten aufgeführt ist, lebenslang — in wenigen Fällen 25 Jahre — eingekerkert werden, ohne Aussicht auf vorzeitige Entlassung. Allein dies Gesetz wird nach Ansicht von Kritikern dazu führen, daß z. B. Kalifornien buchstäblich zum „Gefängnisstaat“ wird und sich die Zahl der dort Inhaftierten in den nächsten sechs Jahren von jetzt 120000 auf 200000 steigert.

Eine weitere wesentliche Ursache ist die drastische Anhebung der Mindeststrafen insbesondere für Drogendelikte. Auch für sogenannte nicht-gewalttätige Ersttäter wurden hier die Mindeststrafen weitgehend auf fünf bis zehn Jahre hochgeschraubt. Mehr als 100000 Menschen, die erstmals wegen Drogendelikten verurteilt wurden, werden Jahr für Jahr ins Gefängnis gesperrt.

Die allgemeine Verschärfung der Strafen schlägt sich auch und nicht zuletzt in einer Zunahme der Verurteilun-

gen zum Tode und der Hinrichtungen nieder. Über 3000 müssen, in ihre Isolationszelle eingesperrt, täglich mit ihrer Tötung rechnen. Seit die vorübergehende Aussetzung der Hinrichtungen 1976 aufgehoben wurde, tötete der Staat über 250 Gefangene, 38 allein im letzten Jahr. Das in diesem Jahr verabschiedete Gesetz zur „Eindämmung der Kriminalität“ weitet die Todesstrafe auf etwa 60 weitere Straftaten aus.

Die Ausweitung des Gefängnissystems geht einher mit weiterer Entrechtung der Gefangenen und Verschärfung der Haftbedingungen. Erst kürzlich wurde im Bundesstaat Colorado ein neues Hochsicherheitsgefängnis fertiggestellt, in dem sogenannte Schwerverbrecher drei Jahre lang von allen sozialen Kontakten streng isoliert werden. Selbst die Dusche ist in der Zelle installiert, und die Zelle selbst dürfen die Gefangenen maximal eine Stunde am Tag verlassen — mit Beinfesseln, Handschellen und zwei bis drei Mann Bewachung für jeden Gefangenen. In mehr als 25 Bundesstaaten gibt es solche Hochsicherheitsgefängnisse, in sechs weiteren werden welche gebaut.

Aber auch der „Normalvollzug“ wird immer härter. Man müsse die Angst in

die Gefängnisse zurückbringen, erläuterte der Gouverneur von Mississippi das Programm. Hier müssen Gefangene seit kurzem wieder Streifen-Uniformen tragen, aus den Zellen werden Fernseh-, Rundfunk-, Tonbandgeräte und Computer entfernt, Sportmöglichkeiten weitgehend beseitigt. Was in Mississippi bereits Gesetz wurde, ist in acht weiteren Bundesstaaten in Vorbereitung. Vor Monaten unterzeichnete Clinton ein Gesetz, das Gefangenen verbietet, den College-Abschluß nachzuholen.

Aus dem Elend der Weggesperrten schlagen andere Profit. „An der Wall Street gelten private Gefängnisse derzeit als eine heiße Wachstumsbranche“, warb die *Wirtschaftswoche* vor knapp einem Jahr. Fast 50000 Gefangene sind in inzwischen Dutzenden Privatgefängnissen untergebracht; der größte Gefängniskonzern brachte seinen Betreibern 1993 bei 100 Mio. Umsatz 4 Mio. Gewinn, die Aktienkurse verdoppelten sich, und die Anlageberater versprechen weiter wachsende Renditen. — (scs)

US-Wahlen: Seite 3

Steuerbefreiung des Existenzminimums: Eine Steuerentlastung der Armen ist nicht geplant

Waigels „Expertenkommission“ will die Steuerlast in den unteren Einkommenszonen nur anders verteilen. Die Steuerentlastung für Reiche und Konzerne soll sogar zunehmen

Von der Bundesregierung kennt man die Behauptung, die sogenannten „Leistungsträger“ (gemeint sind Personen mit mittleren bis hohen Einkommen) zahlten auch die meisten Steuern. Das jetzt vorgelegte Gutachten der „Expertenkommission“, die über die Steuerbefreiung des „Existenzminimums“ beraten sollten, hat diese Regierungspropaganda ein wenig getrübt. Denn selbst die geringste aller umlaufenden Zahlen besagt: mindestens 15 Mrd. DM allein an Lohn- und Einkommenssteuern (sowie erwartet Waigel als „Steuerausfall“ in Folge der Steuerbefreiung des Existenzminimums) zahlen bisher Jahr für Jahr Personen, deren zu versteuerndes Jahres-Einkommen zwischen 5616 DM (bisheriger Grundfreibetrag) und 13 000 DM (bisher gehandelter künftiger „Grundfreibetrag“) liegen. Selbst wenn man Kinderfreibeträge für z.B. 2 Kinder, Arbeitnehmerfreibetrag u.ä. in Rechnung stellt, bedeutet das effektiv: So viel Lohn- und Einkommenssteuern zahlen Jahr für Jahr derzeit Personen, deren Jahres-Einkommen in der Armutszone liegt, irgendwo zwischen 15 000 bis 25 000 DM brutto (bei Alleinstehenden) oder 25 000 bis 40 000 DM bei Verheirateten im ganzen Jahr.

Der eine Dreh der „Expertenkommission“ ist bereits aufgeflogen. Ihr Versuch, die (von den Gewerkschaften schon lange geforderte) Steuerbefreiung des Existenzminimums umzuwandeln in eine allgemeine Erhöhung des Grundfreibetrags, so daß auch noch Millionäre die Vorteile des höheren Freibetrags genießen können, war wohl zu frech. Die Kommission drehe ein „zu großes Rad“, hat Waigel das genannt.

Der zweite Dreh ist geblieben: Die Kommission hat versucht, die Steuerbefreiung des Existenzminimums so mit anderen Steuerrechtsänderungen zu verknüpfen, daß am Ende die Steuerentlastung der unteren Einkommensbereiche komplett wieder verschwinden dürfte. Aus der Steuerentlastung wird so eine *Steuerumverteilung in den unteren Einkommenszonen*. Die Entlastung in den oberen Einkommenszonen dagegen will die Kommission – bis auf eher „kosmetische“ Korrekturen – sogar weiter treiben. Ihre Vorschläge:

- Der Eingangs-Steuersatz für zu versteuernde Einkommen oberhalb des Grundfreibetrags soll von bisher 19 auf künftig 22 % angehoben werden;
- Streichung der Steuerbefreiung für Wohngeld, für Erziehungsgeld, für Zuschläge für Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit, für Abfindungen bei Entlassungen und für Streikgelder der Gewerkschaften;
- Halbierung des Arbeitnehmer-Pauschbetrages von bisher 2000 auf künftig 1000 DM im Jahr, Anhebung der Pauschalbesteuerung für Teilzeitkräfte von 15 auf 25 %, Aufhebung der Kilometerpauschale für PKWs von 0,70 DM je Kilometer und Ersetzung durch eine allgemeine „Entfernungspauschale“ von 0,20 DM je km;
- Streichung der Spendenabzugsfähigkeit von Vereinsbeiträgen, Einführung der Vollbesteuerung der Renten usw.

Zugleich empfiehlt die Kommission – obwohl dies überhaupt nicht ihr Auftrag war – u.a. eine weitere Senkung des Spaltensteuersatzes, den Wegfall der Kapitalertragsteuer und die schrittweise Aufhebung der Gewerbesteuer.

Finanzminister Waigel hat nach Bekanntwerden des Gutachtens erst einmal Distanz eingelegt: Die Kommission habe sich „nicht auf Fragen des steuerfreien Existenzminimums und dessen Gegenfinanzierung beschränkt“, „ein solcher Umbau des Steuersystems, vor allem des Einkommenssteuersystems, könnte nicht zum 1. Januar 1996 in Kraft gesetzt werden.“ Aber vielleicht später? Immerhin verlautete bereits wenige Tage später aus dem Kanzleramt, man habe einen Fehlbetrag von 30

stellen. Dazu gehört auch der Abbau des Ehegattensplittings zugunsten eines deutlich erhöhten Kindergeldes. Gleichzeitig müssen die wirtschaftlich und sozial ungerechtfertigten Steuerzulagen deutlich reduziert werden.“ Was dabei die „ungerechtfertigten Steuerzulagen“ sein sollen, wird man noch sehen. Von einer Umverteilung der Steuerlast, weg von der Belastung der Einkommen aus Arbeit, hin zu einer höheren Belastung der Einkommen aus Vermögen, z.B. bei der Erbschafts- und Vermögenssteuer, der Einkünfte aus Vermietung von Wohnraum, aus Aktien, Staatschulden usw. ist leider auch bei den Grünen nicht die Rede. Aber das kann ja vielleicht nachgesetzt werden.

Von der PDS-Bundestagsgruppe steht eine Stellungnahme noch aus. PDS und Grüne könnten auch den Gewerkschaften einen großen Gefallen tun, wenn sie im Streit um diese Steuerbefreiung den Finanzminister einmal zwingen würden, die tatsächliche Steuerzahlung (insbesondere bei der Lohn- und Einkommenssteuer), aufgeschlüsselt auf die verschiedenen Einkommenszonen, vielleicht auch nach Inländern, Ausländern, juristischen und natürlichen Personen, vorzulegen. Eine solche Übersicht über die effektive Steuerlast verschiedener gesellschaftlicher Gruppen würde die Demagogie der Regierung über die angeblich hohe Steuerlast in den hohen Einkommensbereichen sicher widerlegen.

Quellen: Erklärung des BMF vom 8.11. zum Gutachten der „Expertenkommission“, Presseerklärung von Bündnis 90/Grüne im Bundestag, 7.11.; „Handelsblatt“, 7. bis 11.11. – (rül)



Mrd. DM im Bundeshaushalt 1995 bemerkt – und prompt brachten Kohls Beamte die gleichen Steuererhöhungen wieder ins Gespräch, die schon die Kommission vorgeschlagen hatte.

Die SPD hat bisher vollmundig verlauten lassen, mir ihr ließen sich die Steuererhöhungsvorschläge der Kommission auf keinen Fall machen. Das wird man sehen. Die Grünen haben etwas nebulös erklärt: „Die zukünftige Tarifreform im Einkommenssteuerrecht muß das Existenzminimum von der Besteuerung uneingeschränkt frei-

AKTUELL IN BONN

Zachert drängt zum „Lauschangriff“

Noch bevor die Koalitionsverhandlungen abgeschlossen waren, hat BKA-Chef Zachert seine Forderung nach einer Legalisierung des „großen Lauschangriffs“ bekräftigt. Zachert will, daß die Polizei künftig bei Verdacht auf Menschen-, Drogen- und Nuklearhandel auch private Räume mit Mikrofon und Kamera überwachen darf. Direkt gegen Ausländerorganisationen dürfte sich sein Vorschlag zur Bekämpfung sog. „Wirtschaftskriminalität“ richten: Bei „verdächtigen Geldsummen“ müsse die Beweislast umgekehrt werden, wer die Redlichkeit seines Gelderwerbs nicht beweisen könne, bei dem solle „bei begründetem Verdacht“ beschlagnahmt werden können. Sollen z.B. die Kurden Spenderlisten liefern? Außerdem will Zachert einen europäischen Staatsanwalt und einen europäischen Gerichtshof für Strafverfolgungen auf EU-Ebene.

Europol

Seit zehn Monaten besteht in Den Haag die „Europol Drogeneinheit“ (EDE). Koordinator von EDE, die die „Keimzelle“ eines „europäischen Polizeiamts“ sein soll, ist Jürgen Storbeck vom BKA, der auch erster Leiter von Europol werden soll. EDE hat derzeit 70 Beamte und, so Storbeck, seit Jahresbe-

ginn an „300 internationalen Drogenfällen“ mitgearbeitet. Bislang leistet EDE nur Informationsaustausch. Die von der Bundesregierung u.a. Staaten betriebene Konvention für Europol ist immer noch nicht unterzeichnet. Strittig ist u.a., von welchen Instanzen eigentlich Europol kontrolliert werden soll. Am 30. November findet in Brüssel das nächste Treffen der Innen- und Justizminister der EU statt.

WEU-Tagung in Noordwijk

Mit Vertretern von insgesamt 24 Staaten hat am 14. November im niederländischen Noordwijk die Tagung des WEU-Rates der Außen- und Verteidigungsminister begonnen. Neben den neun EU-Staaten, die schon jetzt WEU-Mitglied sind (Griechenland hat den Beitritt ebenfalls beschlossen) und den zwei verbleibenden EU-Staaten Dänemark und Irland als „ständige Beobachter“ sind weitere drei Staaten assoziierte Mitglieder: Türkei, Norwegen und Island. Als „assoziierte Partner“ ebenfalls angeschlossen sind Polen, Ungarn, Tschechien, Slowakei, Rumänien, Bulgarien sowie die drei baltischen Staaten. Der Konferenz liegt ein Dokument der niederländischen Präsidentschaft über die Weiterentwicklung der WEU im Gefolge des Maastrichter Vertrags vor, außerdem muß ein neuer Generalsekretär gewählt werden. Einziger Vor-

schlag ist ein Portugiese. Portugal hat auch bereits angekündigt, künftig mit „Beobachtern“ am Aufbau des „Eurokorps“ mitzuwirken.

Pflege: Klage gegen Biedenkopf

Der DGB wird Verfassungsklagen gegen die Entscheidung der sächsischen Landesregierung unterstützen, die den Lohnabhängigen den vollen Beitrag zur Pflegeversicherung aufladen will. Als einziges Bundesland hatte die Regierung Biedenkopf beschlossen, keinen Feiertag abzuschaffen, so daß ab 1.1. 1995 Beschäftigte mit Wohnsitz in Sachsen den vollen Beitrag zur Pflegeversicherung zahlen müssen. Die stellvertretende DGB-Vorsitzende Engelen-Kefer verurteilte die sächsische Entscheidung als „Verstoß gegen das Gleichheitsgebot des Grundgesetzes“. Der DGB werde deshalb Klagen von Beschäftigten gegen die sächsische Entscheidung vor dem Bundesverfassungsgericht unterstützen.

Eppelmann will „Solidarpakt II“

Der CDA-Vorsitzende Eppelmann hat einen „Solidarpakt II“ gefordert, der noch im nächsten Jahr zwischen Bund, Ländern, Gemeinden und Tarifparteien geschlossen werden müsse, um „drei Millionen neue Arbeitsplätze zu schaffen“. So solle der Gesetzgeber eine gesetzliche Möglichkeit zu „Investivlöh-

nen“ schaffen, mit Kapitalsammelstellen und Bürgschaften für das „eingesetzte Arbeitnehmerkapital“. Diese Verwandlung von Lohn in Kapital des Unternehmens werde, so der CDA-Chef, den Abschluß langfristiger Tarifverträge erleichtern. Die Sozialhilfe solle stärker als „Lohnzuschuß“ für Teilzeitarbeit und niedrigst bezahlte Arbeiten eingesetzt werden, indem die Einkommen aus solchen Elendsarbeiten nur zu 70 % auf die Sozialhilfe angerechnet würden. In Frage kämen lt. Eppelmann haushaltsunterstützende Arbeiten, Dienste an Tankstellen u.ä. Schließlich will der CDA-Chef „mehr Phantasie“ bei der Einrichtung von Teilzeitstellen.

Was kommt demnächst?

Am 17. November stellt der Sachverständigenrat der Bundesregierung sein neues Jahrestutachten vor. Am gleichen Tag soll das neue Bundeskabinett im Bundestag vereidigt werden. Ebenfalls am Donnerstag beraten in Brüssel die EU-Minister für Telekommunikation über neue Deregulierungen und Privatisierungen im Telekommunikationsbereich. Am 24. November ist CDU-Parteitag. Ende November beraten in Brüssel die EU-Innen- und Justizminister, u.a. geht es dabei um die Unterzeichnung der Europol-Konvention. Mitte Dezember ist FDP-Parteitag in Gera.

USA: Ruck nach rechts

Bei den US-Zwischenwahlen gewann die politische Rechte

Newt Gingrich ist der Mann der Stunde. Bisher „House Minority Whip“ („Einpeitscher“ der Minoritätsfraktion), nach dem Wahlsieg der Republikanischen Partei designierter Sprecher, d.h. Präsident des Repräsentantenhauses, sobald der neue Kongress im Januar zusammentritt. N. Gingrich hat den Wahlsieg seiner Partei organisiert durch Mobilisierung der fanatischen Rechten, auch religiöse Rechte genannt. Er hat schon bei der Aufstellung der Kandidaten die Initiative ergriffen. „Seine“ Kandidaten waren alles „neue“ Konservative. Damit hat er die Organisationen der Rechten von der „Christian Coalition“ (Christliche Koalition) im kleinsten Dorf bis zur „National Rifle Association“ (Bundesvereinigung der Gewehrbesitzer) als Wahlhelfer einsetzen können. Radio TalkShows im ganzen Land haben Stimmung für den Ruck nach rechts gemacht. Und, was noch sehr viel wichtiger ist, „reiche“ konservative Kandidaten haben „ärmeren“ ausgeholfen. Ausgerüstet mit Videobändern, wie man am besten seinen Opponenten der Demokratischen Partei abschlachtet, und mit einem reaktionären 10-Punkte-Programm, genannt „Vertrag mit Amerika“, zogen sie aus, der Demokratischen Partei das Fürchten zu lehren.

Das Programm der „religiösen Rechten“

Sie zogen aus gegen „big government“, die Einmischung der übermächtigen Regierung in das tägliche Leben des „freien Amerikaners“. Was sie wirklich meinen, ist Deregulierung der Wirtschaft, der weitere Abbau von Gesetzen, die das Kapital einschränken. Sie zogen aus gegen die „big liberal spenders“ — die großen liberalen Geldverschleuderer von der demokratischen Partei. Was sie wirklich meinen, ist die Demolierung des sowieso schon löschen sozialen Netzes. Und ihr Hauptthema war „tougher on crime“ — keine Milde mit Verbrechern, womit sie eigentlich die Zementierung der weißen Oberschicht und die Abschaffung der Rechte der Minoritäten meinen. Und sie gewannen.

Sie gewannen die Mehrheit im Repräsentantenhaus — 230 Sitze (z. Zt. 178) gegen 204 Sitze der Demokratischen Partei. Sie gewannen die Mehrheit im Senat — 53 von 100 Sitzen (bisher 44). Sie gewannen 11 neue Gouverneursposten. Und sie gewannen neue Mehrheiten in den Parlamenten von Bundesstaaten und auf lokaler Ebene.

Schock auf allen Seiten — freudiger Schock natürlich auf Seiten der republikanischen Partei. Keine der Prognosen hatte einen derart hohen Wahlsieg vorausgesagt. Trotzdem, sowohl in der Presse als auch von der Republikanischen Parteiführung nur verhaltenes „Sieg-Heil“-Geschrei. Polarisation sei nicht die Atmosphäre für die „much needed bipartisanship“ (die so notwendige Überparteilichkeit), d.h. die große Koalition, und für sozialen Frieden.

In beiden Parteien haben die sogenannten Gemäßigten am meisten Blut gelassen, und die radikale Rechte hat sich zum Gewinner der Wahlen erklärt. Sie sagen, ihnen seien 44 der 52 hinzugewonnenen Sitze im Repräsentantenhaus zu verdanken (42 waren notwendig für die Mehrheit), ebenso 8 Sitze im Senat (7 waren notwendig für die Mehrheit), und 7 der 11 hinzugewonnenen Gouverneursposten. Dafür wollen sie als erstes das Schulgebet in der Verfas-



Ein neues kalifornisches Gesetz, „Proposition 187“, soll 1,6 Millionen Menschen, insbesondere Einwanderer, das Recht auf Schulbildung, Kindergarten, Krankenhausbehandlung u.ä. rauben. Oben: Protestaktion gegen das Gesetz. Bilddokumente aus: „Spiegel“.

sung verankern. Newt Gingrich hat es ihnen bis spätestens zum 4. Juli 1995, dem US-Nationalfeiertag, versprochen. Er will Anhörungen dazu in allen 50 Bundesstaaten veranstalten. Aber schon macht man sich in der Presse Sorgen: ein solches Unterfangen würde sicherlich zur Mobilisierung der Opposition in der Bevölkerung gegen die religiöse Rechte wirken und dem Wahlsieg der Konservativen insgesamt nicht dienlich sein. Die Tradition der Trennung von Kirche und Staat hat starke Wurzeln in der amerikanischen Geschichte.

Es scheint, die bürgerliche Presse befürchtet genau das. Umfrage über Umfrage wurde durchgeführt mit dem expliziten Ziel herauszufinden, wie konservativ das Wahlergebnis wirklich zu bewerten sei. Und in einem sind alle Umfragen einig: kein eindeutiges Bekenntnis zur Rechten! Obwohl viel von Umgruppierung der Wähler die Rede ist, werden aufgrund dieser Umfragen Warnungen laut, daß bei der nächsten Wahl alles wieder anders aussehen könnte.

daß vor der Wahl 24 der 44 Republikanischen Senatoren solide Konservative waren, der neue Senat wird 40 Erzrechte aufweisen.

Auch die Wahlbeteiligung und wer wen mobilisierte, wird analysiert. Die Wahlbeteiligung an sich gibt keinen Aufschluß. Sie war mit 38 bis 39 Prozent der Wahlberechtigten nicht niedriger als in anderen Zwischenwahlen der letzten 20 Jahre. Sie fügt sich in den Trend immer mehr sinkender Wahlbeteiligung ein und wird interpretiert als allgemeine Verdrossenheit mit Regierung und Politikern.

Wer hat wen mobilisiert? Daß die Rechte mobilisiert hat, haben wir schon gesagt. Offensichtlich ist, daß die Demokratische Partei ihr Wählerpotential nicht hat mobilisieren können außer in zwei Wahlkämpfen. In Massachusetts, wo Edward Kennedy um seine Wiederwahl kämpfen mußte und gewann, und in Virginia, wo Oliver North, der Expatriat der Iran/Contra-Affäre, versuchte, mit Hilfe der religiösen Rechten in den Senat zu kommen, und knapp verlor.

Kennedy wurde von rechts zum Paradebeispiel von „mehr Regierung“ und „freigiebig mit Steuerzahlergeldern“ stilisiert, dem man endlich das Handwerk legen müsse. Es gelang Kennedy, u.a. die Gewerkschaften für sich zu mobilisieren mit der Aufdeckung, daß sein Gegenkandidat in die Entlassung einer gewerkschaftlich organisierten Belegschaft und deren Ersatz durch nicht gewerkschaftlich organisierte Beschäftigte verzwickt war. Die daraus folgende höhere Wahlbeteiligung gab ihm den Wahlsieg.

„New Deal“ zieht nicht mehr Neue Themen der Rechten

Die Konfrontation in Virginia war ein umgekehrter Testfall: Inwieweit kann die religiöse Rechte direkt einen Kandidaten durchsetzen. Die Entscheidung war sehr knapp mit 51 % zu 49 % der Stimmen gegen Oliver North. Allerdings haben in den 13 Südstaaten der USA die Kandidaten der Republikanischen Partei die Demokraten, traditionell als konservative Demokraten gestempelt, verdrängen können. Männliche Weiße sind die Wählergruppe, die anteilmäßig am meisten durch die Propaganda der Rechten zur Wahlurne mobilisiert wurde.

Die große Frage, die sich die Kommentatoren in der Presse von rechts außen bis Mitte stellen, ist, ob dieses Wahlergebnis der Anfang eines großen „Realignment“ ist, einer Umorientierung der Wähler, oder nur eine vorübergehende Erscheinung, eine Protestwahl. In der *National Review*, einem Magazin der Rechten, werden historisch die Bedingungen für eine solche Umorientierung untersucht. Eine der Bedingungen ist, daß sich die großen nationalen Themen ändern. Insbesondere das Thema des „New Deal“, mit dem die Demokratische Partei seit den Dreißiger Jahren für längere Zeiten die Mehrheit im Repräsentantenhaus und im Senat gewonnen hat, war die soziale Sicherung der arbeitenden Bevölkerung. Ein gesicherter steigender Lebensstandard erschien vielen Politikern als ein Bollwerk gegen den Sozialismus. Das, so die *National Review*, sei mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion kein Thema mehr.

Die neuen Themen seien heute weniger Staat und weniger Wohlfahrtsstaat. — (her, ger)

Angesichts der allgemeinen Schwäche der BürgerInnenrechtsbewegung hierzulande mag es ja mancher schon fast als makaber empfinden, wenn jetzt auch noch ein besonders blinder Fleck auf Seiten der linken Opposition angeführt wird. Und doch muß darüber gesprochen werden, weil die in der letzten Legislaturperiode in diversen Gesetzen festgeklopften Eckpunkte ihre gesellschaftliche und politische Dynamik entwickeln.

Die Rede ist von der ausgrenzenden Sonderbehandlung der „Ausländerinnen und Ausländer“ in allen Gesetzen zur Inneren Sicherheit, einschließlich der Anpassungsgesetze zu europäischen Vorgaben wie Schengen und Dublin.

Das gilt natürlich auch für den in letzter Minute verabschiedeten Komromiß – der Asyl „kompromiß“ läßt grüßen – des „Verbrechensbekämpfungsgegesetzes 94“. Bruchlos wurde in all diesen Gesetzen an dem in der sogenannten Asyldebatte erreichten Niveau der rassistischen und ethnisierenden Verdrehung gesellschaftlicher Probleme angeknüpft, der Abbau demokratischer Rechte im wesentlichen mit der Bedrohung durch die Folgen von Migration und Fluchtbewegungen begründet. Und während Kohl gelegentlich verschwimmt von der durch „soziologische und psychologische Analysen nicht wirklich erfaßbaren Realität des Bösen“ schwafelt, stilisieren Kanther und Co. kurzerhand illegale Einwanderung, grenzüberschreitende Autoschieberei und Schlepperbanden zu stabilitätsbedrohenden Faktoren hoch, machen Ausländerinnen und Ausländer zu datenschutz- und polizeirechtlichem Freiwild und befriedigen so nebenbei alte Gelüste nach einer „Neujustierung“ demokratischer Rechte. In Kanthers Worten: „Schleusertum ist organisierte Kriminalität. Schleuser sind gewissenlose Verbrecher, die andere Menschen aus blankem Gewinnstreben in bittere Not und oft in die Kriminalität treiben. Es muß verhindert werden, daß an die Stelle der mißbräuchlichen Berufung auf das Asylrecht eine illegale Zuwanderung über die „grüne Grenze“ tritt.“ (12.7.94) Dazu im folgenden einige Beispiele aus dem Verbrechensbekämpfungsgegesetz und verwandten Gesetzen.

G-10-Gesetz, Ausländerrecht, Asylverfahrens-, Vereinsgesetz

Im Vorfeld und während der parlamentarischen Debatten gab es heftige Debatten um die Frage der Ausweitung der Befugnisse der Geheimdienste auf die sogenannte organisierte Kriminalität. Speziell ging es um VS und BND. Nicht in einem Rutsch, wohl aber mit einem einfachen Taschenspielertrick brachten sich die Law-and-Order-Kumpane ihrem allgemeinen Ziel, der Aufhebung der Trennung zwischen Geheimdiensten und Polizei, einen mächtigen Schritt näher. Schlepper und Schleusertätigkeit werden neben Drogenkriminalität und Schutzzeldepressur als wichtige Bereiche der organisierten Kriminalität definiert. Sie wiederum ist vor allem grenzüberschreitend und wird mit einem hohen Ausländeranteil betrieben. Von der so definierten organisierten Kriminalität wiederum – das ist ja das erklärte Lernziel der Sicherheitsfans – geht die elementare Bedrohung der Inneren Sicherheit und Stabilität der BRD aus. Und schon sind Maßnahmen wie Post- und Telefonkontrolle (G-10-Gesetz) als ureigene Aufgaben der Geheimdienste in den neuen Bereichen gefragt, die einstens auf Terrorismus und Drogen beschränkte Kronzeugenregelung eine Selbstverständlichkeit für alles mögliche.

Die genannten Details müssen jetzt nur noch in das Asylverfahrensgesetz,

Der blinde Fleck in der Innere-Sicherheit-Debatte

Von Ulla Jelpke und Albrecht Maurer



Bild: af/mz

das Ausländerrecht (die dortigen Änderungen müssen dann wiederum in Paragraph 100a StPO aufgenommen werden), das Betäubungsmittelgesetz, das Vereinsgesetz, das G-10-Gesetz selbst und das Geldwäschegegesetz eingebaut werden. Im Vereinsgesetz spielt „natürlich“ der traditionelle Schuß „Antiextremismus“ noch eine Rolle ...

Hier zeigt sich, daß die sogenannte Ausländerkriminalität nicht nur ein probates Mittel zur rassistischen Hetze und Verhetzung ist. Längst, und kaum widersprochen, ist sie von den Strategen der Inneren Sicherheit zur Prachtstraße zum Umbau des Rechtstaates erkannt und begangen worden.

Vereine und deren einzelne Mitglieder mit „extremistischer“ Gesinnung können jetzt leichter der Post- und Telefonüberwachung unterzogen werden. Das Handeln einzelner Mitglieder kann den Vereinen insgesamt angerechnet werden mit dem Ziel, diese geheimdienstlich zu überwachen bzw. zu verbieten. Feindbild sind hier „konspirativ handelnde“ Vereine, deren wahre Aktivitäten nur im Handeln einzelner Mitglieder sichtbar werden. Und weil man schon mal dabei ist, werden für ausländische Vereine die Möglichkeiten geschaffen, „kollektive Verbote“ einzelner Tätigkeiten oder „jeder politischen Betätigung“ zu erlassen.

Hier rücken ganz eindeutig v. a. ImmigrantInnen- und Flüchtlings- oder ausländische Solidaritätsorganisationen ins Visier. Man denke nur an die juristischen Probleme bei der Durchsetzung des PKK-Verbotes in der BRD. Beachtet werden muß aber auch, daß Schlepper- und Schleusertätigkeiten und die Drogenkriminalität in der allgemeinen Propaganda und der Ausrichtung der polizeilichen Arbeit bestimmten ethnischen Gruppen und/oder bestimmten Regionen zugerechnet werden. Im „Verbrechensbekämpfungsgegesetz 1994“

wird noch draufgesattelt: gleichgesetzt mit Schlepper- und Schleuserkriminalität wird beispielsweise „gewerbliche“ mit „wiederholter“ oder „zumutbarer“ von mehr als fünf Personen (im ursprünglichen Entwurf mehr als drei Personen) geleistete Unterstützung oder Verleitung zu „unvollständigen“ oder „falschen“ Aussagen im Asylverfahren oder anderen aufenthaltsrechtlichen Dingen ...

Schon diese wenigen Beispiele machen deutlich, daß das Kanthersche „Sicherheitsmosaik“ die Sonderbehandlung der verschiedenen ImmigrantInnen- und Flüchtlingsgruppen verschärft und puzzleartig den Kriminalisierungsdruck auf sie erhöht und genau auf diesem Weg den generellen Abbau demokratischer Rechte und rechtsstaatlicher Grundsätze vorantreibt. Das gilt übrigens auch für die Verschärfung im Haft- und Strafverfahrensrecht, die ja ebenfalls in der Öffentlichkeit eine relativ große Rolle gespielt hat. Denn schon das bisherige Haftrecht wird „zum Teil gezielt gegen Minderheiten und Unterschichten eingesetzt. Bestimmte Gruppen von Jugendlichen, Drogenabhängigen und ausländischen Beschuldigten sitzen nur wegen ihrer Zugehörigkeit zu dieser sozialen Gruppe, nicht aber deshalb, weil die Delikte, die ihnen vorgeworfen werden, so erheblich sind“, in Untersuchungshaft, wie der Münchner Rechtsanwalt Wächter feststellt. Angesichts dieser Situation die Waffe der Untersuchungshaft und der Ausweisung gegenüber Jugendlichen und Heranwachsenden zu schärfen, ist die kaum verhüllte generelle Kriminalisierung eines großen Bevölkerungssteils.

Gerade an diesem Punkt brüstet sich die SPD, sie habe durch ihre harte Opposition im Bundesrat das Schlimmste verhütet, die Ausweisungsdrohung gegen jugendliche AusländerInnen nämlich. Tatsächlich heißt es aber in den entsprechenden Artikeln: (Artikel 2 Nr. 2c – Paragraph 47 Abs. 3 AuslG):

„Über die Ausweisung eines heranwachsenden Ausländer, der im Bundesgebiet aufgewachsen ist und eine unbefristete Aufenthaltsberechtigung hat, wird ... nach Ermessen entschieden. Auf minderjährige Ausländer finden Absatz 1 und 2 keine Anwendung.“

Zu Paragraph 48 Abs. 2 AuslG heißt es dann aber:

„Ein minderjähriger Ausländer, dessen Eltern oder dessen allein erziehungsberichtigter Elternteil sich rechtmäßig im Bundesgebiet aufzuhalten, wird nicht ausgewiesen, es sei denn, er ist wegen serienmäßiger Begehung nicht unerheblicher vorsätzlicher Straftaten, wegen schwerer Straftaten oder einer besonders schweren Straftat rechtskräftig verurteilt worden. Ein Heranwachsender, der im Bundesgebiet aufgewachsen ist und mit seinen Eltern in häuslicher Gemeinschaft lebt, wird nur nach Maßgabe des ... ausgewiesen.“

Nach Ermessen, nur nach Maßgabe ... Man muß sich den Personenkreis ansehen und die Diskussionen der ExpertInnen vorstellen; man muß sich vorstellen, wie sie die verschiedenen „Kategorien“ der „ausländischen Bevölkerung“ durchforstet haben, um die Ausweisungsmöglichkeiten so perfekt wie möglich zu erhalten – dann wird das ganze Ausmaß der politischen, sozialen und ideologischen Ausgrenzung von ImmigrantInnen und Flüchtlingen erahntbar.

Von ähnlichem Kaliber sind die von der SPD und teilweise der FDP „erklärt“en Verbesserungen im Gesetz zum Ausländerzentralregister, zum Bundesgrenzschutzgesetz ... Genüglich und zu recht kommentierte Kanther denn auch die Verhandlungen im Vermittlungsausschuß: „Der Komromiß kann nur in Randfragen liegen ...“ (7.9.94)

Mit Staatsbürgerschaftsdebatten und vagen Einwanderungsregelungen ist dieser rassismusfördernde Umbau der BRD-Gesellschaft nicht zu stoppen. Darauf ändern auch einige gezwungenermaßen eingeleitete Liberalisierungsmaßnahmen in Sachen Einbürgerung etc. nichts. Zumal sie bisher nur auf dem Papier stehen und zudem derart represiv gestaltet sind, daß sie selbst wiederum staatlicher Willkür Tür und Tor öffnen und die Betroffenen zu lebenslangem Wohlverhalten zwingen.

Die Aufgaben hat Kanther in seiner „Offensive 2000“ angekündigt. Kapitel I, Punkt 5 lautet:

„Der hohe Anteil von kurzzeitig im Lande verweilenden Ausländern an der Kriminalität in Deutschland kann sowohl durch effektive internationale Zusammenarbeit als auch durch ständig verbesserte Grenzsicherung und verschlossene Geltendmachung des Ausländerrechts verringert werden.“ Und dann folgt der ganze uferlose Katalog, der seit Jahren propagiert wird. Das Verbrechensbekämpfungsgegesetz ist erklärtmaßen nur der Auftakt und Durchbruch. Diesem Gesetz werden „weitere und viele Maßnahmen der Verbrechensbekämpfung folgen“, weil die Wende „das kann man nicht dekretieren, das muß in den Geist von Wissenschaft und Rechtsprechung einziehen“ (Kanther im Bundestag, 20.5.94).

Die künftige Opposition – parlamentarisch wie außerparlamentarisch – wird sich daran messen lassen müssen, ob sie hier Mosaiksteinchen wirklich herausbrechen kann, ob sie hier den zukünftigen Maßnahmen effektiven Widerstand entgegensetzen kann.

Ulla Jelpke ist Abgeordnete der PDS im Bundestag. Albrecht Maurer ist Mitarbeiter von Ulla Jelpke.

Knappe Mehrheiten bei den Abstimmungen zum EU-Beitritt in den nordischen Staaten

Schweden: Nur 52 Prozent für den EU-Beitritt. In Norwegen wird am 28. November abgestimmt

Noch gibt es die Efta, den auf Handelsabsprachen basierenden Zusammenschluß europäischer (Nicht-EU-) Staaten. Sicher ist bislang nur, daß die Schweiz, Island und Liechtenstein Mitglieder bleiben. Die bisherigen Mitgliedsländer Österreich, Finnland und Schweden werden der EU beitreten. Obwohl in Norwegen die Volksabstimmung noch aussteht, wird die Efta schon eingemottet. In ihren Büros in Brüssel und Genf haben die 130 Beschäftigten nur noch befristete Arbeitsverträge, in wenigen Fällen bis maximal 30.6.95. Die Zukunft der Efta hängt sehr stark mit der Zukunft des EWR-Vertrages (EU-Efta) zusammen, dessen Annahme die Schweizer Bevölkerung z.B. in einem Referendum abgelehnt hatte, weil er die Vorherrschaft der EU vor allem bei der Gerichtsbarkeit und den Kontrollorganen feststellt.

In allen skandinavischen Ländern gibt es starke Bewegungen gegen die EU, mit unterschiedlicher Verankerung in der Bevölkerung. Die taktische Festlegung, die Volksabstimmungen in der Reihenfolge der Länder Finnland (16.10.), Schweden (13.11.) und Norwegen (28.11.94) vorzunehmen, soll die starke norwegische Anti-EU-Bewegung schwächen.

Dänemark

Bei den Parlamentswahlen im Herbst 1994 erhielt die „Einheitsliste“ (Zusammenschluß mehrerer linker Gruppen und Organisationen) sechs Sitze. Sie war u.a. angetreten mit der Forderung nach Austritt aus der EU. Auf ihren Antrag wird am 17.11.94 im dänischen Reichstag eine Revision des Maastrichter Vertrages für 1996 diskutiert.

Finnland

Die Volksabstimmung in Finnland hat rechnerisch eine Mehrheit für den EU-Beitritt gebracht. Tatsächlich ist ein deutlicher „Nord-Süd-Konflikt“ zutage getreten. Ausgehend von Mittel-Finnland haben sich alle nördlichen Bezirke

eindeutig gegen einen EU-Beitritt ausgesprochen. Für den Beitritt waren die überwiegend städtischen südlichen Landesteile. Auf kommunaler Ebene lehnten 70% der 455 Kommunen den EU-Beitritt ab. Entschiedene Gegnerschaft kommt von den Bauern und ihrem mächtigen Landesverband. Die finnische Zentrumsregierung steht nun vor einer Zerreißprobe, da nach Schätzungen der Medien über 70% der Zentrumswähler zu den EU-Gegnern gehören. Die Sozialdemokraten, die ihre Basis hauptsächlich in den Städten des Südens finden, erhoffen sich gute Chancen aufgrund der geschwächten Zentrumspartei bei den Parlamentswahlen im März 1995. Auf jeden Fall wird das Klima zwischen Stadt- und Landbevölkerung rauher werden.

Schweden

Spannend blieb der Ausgang der Volksbefragung (52% Ja-Stimmen) bis zum Schluß. Bei Redaktionsschluß lag noch keine Wahlanalyse vor. Die folgenden Aussagen stützen sich auf Prognosen vor dem Referendum. Danach wurde eine geografische und sozioökonomische Polarisierung der schwedischen Bevölkerung festgestellt. In den nördlichen Ländern ist der Widerstand gegen die EU größer, im Süden gibt es eine geringe Ja-Mehrheit. Nein sagen überwiegend Arbeiter, Frauen, Arbeitslose, Jugendliche und jüngere Leute bis 45. Eine Ja-Mehrheit findet sich bei Älteren und im Bereich höherer Gehälter und hoch qualifizierter Ausbildung. Die gewerkschaftlichen Mitglieder äußerten sich zunehmend negativ, während im Dienstleistungssektor und bei Selbständigen die EU-Mitgliedschaft überwiegend positiv gesehen wurde. Von Parteimitgliedern fiel den Sozialdemokraten die Entscheidung am schwersten. Doppelt so viel Unentschlossene als in jeder anderen Partei zeigten, daß die Mitglieder nur unwillig dem EU-Kurs ihres Ministerpräsidenten Ingvar Carsson folgten.

Norwegen

Seit Monaten bestimmt die EU-Debatte das gesellschaftliche Leben. Eine eindeutige Mehrheit ist gegen einen Beitritt (Anfang November nach Gallup: 47,7% dagegen / 30,2% dafür). Aber die Gruppe der Zweifler mit knapp 20% wird den Ausschlag geben. In allen möglichen Bereichen finden Abstimmungen statt: In den Schulen, in Hochschulen, in Wohlfahrtsverbänden, in Interessenverbänden, usw. In den weiterführenden Schulen beispielsweise sind bis zu 70% der Schülerinnen und Schüler gegen den Beitritt; unter den Kommunalpolitiker/innen sind es 55%. Von besonderer Bedeutung war die Abstimmung auf dem LO-Kongreß (Gewerkschaftsdachverband) Ende September 1994. Die sozialdemokratische Arbeiterpartei (Ap) hatte sich, gestützt auf

die Gewerkschaftsführer, Schützenhilfe der Gewerkschaften auf ihrem Propagandafeldzug für den EU-Beitritt erhofft. Die Auswahl der Delegierten schien dies zu ermöglichen. Vor dem Kongreß leistete die Gruppe „Sozialdemokraten gegen die EU“ und der gewerkschaftliche Ausschuß in „Nein zur EU“ unermüdlich Aufklärungsarbeit und erreichte, daß der Kongreß mit 156 gegen 149 Stimmen einen Beschuß mit der Empfehlung an die Mitglieder annahm, dem EU-Beitritt nicht zuzustimmen. Die Nein-Seite kann sich nun auf die Organisationen der Fischer, Bauern und der Arbeitnehmer stützen. Der Ap bleibt als Verbündete der Wirtschaftsverband, die Partei der Rechten und die rassistische Fortschrittspartei.

Quelle: diverse Ausgaben der Zeitung „Klassekampen“ (Norwegen), 10/11-94 — (ccs)



Am 25. September, dem 22. Jahrestag der (erfolgreichen) Volksabstimmung gegen den EG-Beitritt im Jahre 1972, beteiligten sich in Oslo 5000 Menschen (Bild) an einer Demonstration und Kundgebung, 3500 feierten in Bergen, 1000 in Trondheim den Jahrestag.

Druckerstreik in der Schweiz

Zum ersten Mal seit 14 Jahren haben die Schweizer Druckgewerkschaften ihre Mitglieder im ganzen Land am 3. November zu einem 24-stündigen Streik aufgerufen. Grund dafür war das Scheitern der Verhandlungen zwischen Gewerkschaften und Unternehmerverband über einen neuen Gesamtarbeitsvertrag (den deutschen Tarifverträgen vergleichbar). Die Gewerkschaften fordern unter anderem generelle Arbeitszeitverkürzungen und Verbesserungen bei den Nachschichtzulagen. Die im Arbeitgeberverband SVGU zusammen geschlossenen Kapitalisten wollen jedoch in verschiedenen Bereichen hinter den gültigen Gesamtarbeitsvertrag zurück; vor allem sind sie scharf auf die Flexibilisierung der Arbeitszeiten: Je nach Auftragslage sollen die Druckbeschäftigte künftig bei einer Regelarbeitszeit von 40 Stunden zwischen 32 und 45 Stunden arbeiten.

Sprecher der drei beteiligten Gewerkschaften — neben der Gewerkschaft Druck und Papier (GDP) die Schweizerische Grafische Gewerkschaft (SGG) und der Lithographenbund (SLB) — äu-

ßerten sich mit der Beteiligung an den landesweiten Streikaktionen zufrieden. Nach ihren Angaben haben 10000 von 16000 Beschäftigten die Arbeit niedergelegt. In Zürich besuchten rund 600 Menschen eine Streikveranstaltung. Im Tessin solidarisierten sich die Journalisten mit den Druckereibeschäftigten. Dort erschienen die Freitagsblätter nicht. Ebenfalls nicht produziert wurden sind drei Tageszeitungen im Kanton Freiburg. In Aarau und Umgebung kursierte nur eine Notausgabe. Alle anderen Tageszeitungen erschienen, aber in reduziertem Umfang.

Nach dem Streik haben sich die Verhandlungspositionen der Gewerkschaften nach eigener Einschätzung markant verbessert. „Wir erwarten im mindesten, dass der SVGU sein Verhandlungspaket nicht mehr so eng knüpft wie vor dem Streik“, sagte GDP-Zentralsekretär Hein Thommen. Tatsächlich haben sich die Druckereikapitalisten nach den Arbeitskampfaktionen zu Konzessionen bei den Nachtarbeitszuschlägen bereiterklärt. Den Gewerkschaftsvertretern genügt das jedoch nicht. Sie fordern neben einer schriftlichen Zusage, daß der alte GAV weiter in Kraft ist, weitere Zugeständnisse. Ge-

werkschaftssekreter Thommen: „Wenn die Arbeitgeber stur auf ihren Abbauforderungen beharren, sind die neuen Verhandlungen natürlich schnell wieder vorbei.“

Quelle: Weltwoche, WoZ — (jüg)

Italien: 1 Million demonstrierten gegen Berlusconis Programm

Nicht einmal die verheerenden Überschwemmungen in den Industrieregionen des Nordens konnten die Mobilisierung zur landesweiten Demonstration der Gewerkschaften am 12. November in Rom aufhalten. Sogar die Behörden sprachen von weit über einer Million Teilnehmern — Lohnabhängige, Rentner, Studenten, aber auch Angehörige der Mittelklassen, Handwerker, Selbständige. In der Frage der Renten und der Gesundheitsversorgung formiert sich ein breiter Widerstand gegen soziale Brutalität. Kann sich dieser Widerstand durchsetzen? Kann darüber gar Berlusconi „weggejagt“ werden, wie Rifondazione comunista mit Blick auf das Jahr 1960 propagiert? Damals mußte nach einem Generalstreik die christdemokratische Regierung Tambroni zurücktreten, die eine Koalition mit

den Faschisten eingehen wollte.

Noch verweigert Berlusconi jedes Zuständnis. Er will keine neuen Verhandlungen mit den Gewerkschaften aufnehmen und sein Finanzgesetz mit der Peitsche der Vertrauensabstimmung gegenüber Kritikern in der Regierungskoalition durchsetzen. Diesen Standpunkt stützen die Faschisten der Alleanza nazionale. Bossi von der Lega Nord dagegen erklärt, daß das Finanzgesetz nicht mit den ursprünglichen Vereinbarungen übereinstimme, und fordert „große Abänderungen“. Nach der Verabschiedung des Finanzgesetzes will er die Rechtskoalition „überprüfen“ und gibt vor, die Faschisten herausdrängen zu wollen. Andererseits hat er die Rechtskoalition trotz anderslautender Erklärungen („Mit den Faschisten nie!“) überhaupt erst möglich gemacht. Die Gewerkschaften hatten aus einer geschwächten Position zunächst eher vorsichtig agiert. Die überwältigende Mobilisierung der Aktionen am 14. Oktober und am 12. November hat sie an die Spitze des sozialen Widerstands geschoben. Sie wissen, daß sie den Kampf bis zu „substantiellen Änderungen“ des Finanzgesetzes fortsetzen müssen. — (rok)

Bosnienkrieg: Russisches Parlament fordert Maßnahmen gegen US-Waffendiplomatie

Von H. Vollmer

Zu einem propagandistischen Wirbel hat die jüngste Bosnien-Entscheidung des US-amerikanischen Präsidenten geführt. Nachdem der Kongress schon längst forderte, das Waffenembargo gegenüber Bosnien aufzuheben, hat Clinton nun nach dem Wahldesaster nachgezogen und die Aufhebung des Waffenembargos angeordnet. Natürlich ist keine Rede davon, das Waffenembargo gegenüber dem gesamten ehemaligen Jugoslawien aufzuheben. Einzig die Truppen der beiden Kriegsherren Izetbegovic und Tudjman sollen davon profitieren. In der Praxis bedeutet die Aufhebung des Waffenembargos, daß US-amerikanische Kriegsschiffe keine Kontrolle des Transportverkehrs mehr vornehmen.

Die angekündigte Maßnahme ist für die tatsächliche Entwicklung auf dem Militärschauplatz zunächst noch ohne Belang. Tatsächlich rüsten sich die Truppen Tudjmans, vor allem aber Izetbegovics schon längst mit modernsten Waffen aus. Bekannt sind Waffenlieferungen aus dem Iran und der Türkei. Einiges, vor allem schwereres Kriegsgerät, muß auch über Schiff transportiert wor-

den sein. Das heißt aber, daß die Kontrolle, zumindest was Waren Richtung Kroatien angeht, schon längst nicht mehr oder äußerst schwach stattfindet.

Was an der Entscheidung eher interessant ist, daß die USA nun offen den Bruch innerhalb der sogenannten Bosnien-Kontaktgruppe in Kauf nehmen. Mitglieder der Bosnien-Kontaktgruppe sind die USA, BRD, Rußland, Frankreich und Großbritannien. Geäußert haben sich bisher alle außer der BRD. Das verwundert nicht, war die Bundesregierung doch schon lange für Waffenlieferungen an die Soldaten Izetbegovics. Großbritannien und Frankreich äußern sich ungehalten und „drohen“ mit dem Abzug ihrer UN-Soldaten.

Eine tatsächliche inhaltliche Kritik kommt nur aus Rußland. In einer Erklärung des russischen Außenministeriums heißt es: „Die USA versuchen aus verschiedenen Gründen, darunter innenpolitischen, immer nachdrücklicher, einseitige Beschlüsse durchzusetzen. Damit verlassen sie den Rahmen des abgestimmten gemeinsamen Vorgehens.“ Noch klarer formulierte es das russische Parlament, daß in einer Erklärung

Boris Jelzin auffordert, „Maßnahmen zu treffen, um die destruktiven Schritte der USA zu neutralisieren.“

Es scheint, daß Rußland der tatsächliche Adressat der Washingtoner Maßnahmen ist. Die US-Regierung war z.B. gegen ein teilweises Aufheben der Wirtschaftsanktionen gegen die Bundesrepublik Jugoslawien. Dieses wurde aber insbesondere auf Drängen Rußlands im UNO-Sicherheitsrat durchgesetzt. Das erste jugoslawische Flugzeug, das den Belgrader Flughafen nach zwei Jahren wieder verließ, flog dann auch prompt nach Moskau. Seitdem laufen engere Wirtschaftskontakte zwischen der BR Jugoslawien und Rußland. Daß dies die westlichen Mitglieder der Kontaktgruppe wünscht, erkennt man auch aus den Pressekampagnen, die nun gestartet werden. Nicht umsonst werden im amtlichen bundesdeutschen Nachrichtenmagazin *Der Spiegel* diese Wirtschaftskontakte als Deckmantel für tatsächliche Waffenlieferungen abdisqualifiziert.

Ein weiteres Ziel der Washingtoner Maßnahmen ist natürlich auch, die Position der BR Jugoslawien zu schwä-

chen. Der Schwenk der Belgrader Regierung vom Krieg zum Frieden, als Folge Minderung der Sanktionen und die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Rußland liegen quer zur westlichen Balkanpolitik. Ziel war es zunächst, das sozialistische Jugoslawien zu zerstören, zum andern, das Aufkommen einer serbischen Balkandominanz zu verhindern. Der Siegeszug der Izetbegovic-Truppen bringt natürlich auch die Belgrader Regierung in Zugzwang. Schon ruft die orthodoxe Kirchenführung zum Sturz der Milosevic-Regierung auf, weil sie den bosnischen Serben nicht beispricht.

Für Milosevic wird die Sache zur Gradwanderung. Zum einen nutzt ihm die Niederlage des bosnischen Serbenehlers Karadzic, weil ein potentieller Konkurrent geschlagen wird. Zum andern muß er auf die Vorwürfe der Kirche reagieren. Greift er aber in den bosnischen Krieg erneut ein, werden die Sanktionen verschärft und die BR Jugoslawien endgültig in die gleiche Situation gedrängt wie der Irak, wo aufgrund des Handelsembargos die Kinder sterben. Das will die US-Regierung. — (hav)

Irakische Opposition: „Wir müssen uns selbst stärken“

Professor Habib zur Menschenrechtssituation im Irak
Bericht von einer Diskussionsveranstaltung in Ludwigshafen

Eine Million Verhaftete und Getötete seit dem Putsch des rechten, chauvinistischen Flügels der Baath-Partei unter Saddam Hussein im Jahr 1968; 30000 bis 35000 Verschwundene, 500000 Getötete allein bei der Niederschlagung der Aufstände in irakischem Kurdistan und den Schiiten im Südirak zwischen April und Mai 1991; 1,5 Millionen Flüchtlinge — das ist die Bilanz, die Prof. K. Habib zur Lage der Menschenrechte im Irak bei einer Veranstaltung in Ludwigshafen aufmachte.

Prof. K. Habib, selbst Folteropfer und Exilant, Vorsitzender der „Organisation der Menschenrechte in den Arabischen Staaten/Deutschland e. V.“, prominentes Mitglied der irakischen Opposition, berichtete insofern nichts Neues, gemessen an der Qualifizierung Saddam Husseins als des Bösen schlechthin, des arabischen Hitlers, wie wir sie kennenlernten zur Legitimierung des 2. Golfkrieges.

Habib zog jedoch gänzlich andere Konsequenzen aus den von ihm bestätigten Greuelberichten.

Forderung der Opposition: Aufhebung der Blockade

Das Embargo sei neben dem Regime die zweite Plage, die das irakische Volk trifft: Not, Armut, Arbeitslosigkeit, psychische und physische Krankheiten greifen rasant um sich. 1,3 Millionen Menschen sind lt. Prof. Habib im Irak von Hunger bedroht, die medizinischen Versorgung insbesondere der Kinder sei am Zusammenbrechen. „Das Volk leidet, nicht der Saddam-Clan“.

Die Industrieproduktion ist laut Habib unter dem Embargo auf 20-25% zurückgegangen; Landwirtschaft, Ölförderung und Fischerei decken nur noch den Eigenbedarf. Zwischen 1991 und

1993 führte dies zu wirtschaftlichen Verlusten von 70 Mrd. US-\$.

Die Inflation wirkt gegenwärtig mit dem Faktor 1000. Die Regierung drückt ständig Geld. Hinzukommt massenhafte Falschgeld aus Israel, Syrien und Irak selber.

Der Saddam-Clan betreibt eine rabiate Privatisierung der Wirtschaft, die er großteils selbst beherrscht. Habib berichtet, daß die Regierung im Jahre 1991 40 Händler habe hinrichten lassen. Die Händler hätten sich der Preispolitik des Saddam-Clans widersetzt. Letztlich profitierte der Saddam-Clan aus dem Embargo.

Die wirtschaftliche Krise werde verschärft durch die enormen Kriegskosten, die nach Ende der beiden Golfkriege immer noch anfielen und anfallen durch die Vernichtungsfeldzüge gegen die Kurden und Schiiten.

Die Schuld der „nördlichen Regierungen“

Habib spricht den „nördlichen Regierungen“ jegliche Berechtigung ab, für die Menschenrechte im Irak zu „sorgen“. „Der Westen sprach bis zum Golfkrieg nie von der Verletzung der Menschenrechte im Irak. Und jetzt sind die Menschenrechte und das irakische Volk schon wieder vergessen.“

Die militärische Macht des Saddam-Regimes wurde, so Habib, in der Zeit des Kalten Krieges von NATO und Warschauer Pakt planmäßig aufgebaut. Zwischen 1976 und 1991 gab das Regime 253 Mrd. US-\$ für militärische Zwecke aus, also durchschnittlich 15,8 Mrd. US-\$ pro Jahr. Beide Militärblöcke sorgten für die Ausbildung der 1 Million Menschen umfassenden Streitkräfte.

Die BRD war und ist führend in diesem Geschäft, von Waffen über Folter-

geräte (Habib habe selbst solche Geräte „made in germany“ gesehen und gespürt) bis zu Hightech. Seit der Zerstörung 1991 sei die irakische Waffenindustrie zu 80% wieder aufgebaut. Das Embargo sei gerade auf dem militärischen Sektor stets undicht gewesen. Nach UNO-Angaben laufen gegen 150 deutsche Firmen Ermittlungsverfahren wegen Embargo-Vergehen.

Gegen Interventionen

Der zweite Golfkrieg war nach Einschätzung von Prof. Habib „völlig unnötig“. Die irakische Regierung hätte auch auf andere Weise zum Rückzug aus Kuwait gezwungen werden können. Der Krieg habe vielmehr eindeutig die Funktion gehabt, den Ländern des Südens und der gesamten „Dritten Welt“ exemplarisch zu zeigen, daß die Regierungen des Nordens in jeglichem Konfliktfall zu massivster militärischer Pression bereit seien. „Die Regierungen der nördlichen Länder sind offensichtlich der Auffassung, daß kein Konflikt mit Ländern der Dritten Welt ohne Waffengewalt gelöst werden kann.“

Habib unterstellt den USA ein regelrechtes Interesse an der Weiterexistenz des Saddam-Regimes: Es liefere den USA den Vorwand zu ständiger Präsenz in der Golfregion, es werde als Gegenmacht zum Iran benötigt, man schätzt seine Berechenbarkeit (die der irakischen Opposition nicht zugetraut werde), und die Aufrechterhaltung des Regimes ermögliche den USA einen äußerst schwunghaften Waffenhandel mit den Anrainerstaaten Vereinigte Emirate, Oman, Kuwait und Saudi-Arabien: von 1991 bis 1993 immerhin 27 Mrd. US\$. Das Embargo schließlich habe für die USA die positive Folge, daß das bisherige, nun weggefallene irakische Öl-

Exportvolumen von 4 Mio Barrel pro Tag zu 75% auf den Verbündeten Saudi-Arabien übergegangen sei und gleichzeitig den Ölpreis habe steigen lassen, wovon nicht zuletzt die USA als erdölproduzierendes Land profitierten.

Es sei also von einer Intervention der USA, der Westalliierten oder der US-dominierten UNO nichts Gutes zu erwarten.

„Wir müssen uns selbst stärken!“

Tatsächliche Besserung für das irakische und die fünf weiteren im Irak lebenden Völker sei nur von innen zu erwarten. Die Opposition müsse sich eines Tages gegen das Regime des Saddam Hussein durchsetzen.

Viel Hoffnung wollte Habib aber auch hier nicht äußern. Die Opposition sei sehr zerissen und über die ganze Welt zerstreut. Die Hauptstädte der oppositionellen Kräfte wären London, Damaskus und Teheran. Überall sei der irakische Geheimdienst gegen die Opposition aktiv.

Ein weiteres Problem sei, daß Teile der Opposition den Despotismus des Regimes bereits erheblich übernommen hätten.

Die kurdische Opposition sei besonders heftig zerstritten und bau zu sehr auf die USA. „Wenn die USA sich demnächst wieder besser mit der irakischen Regierung verstehen, dann werden sie die Kurden fallen lassen.“

Eine kleine Hoffnung setzt Prof. Habib in die unmittelbare Umgebung Saddam Husseins: Es sei nicht auszuschließen, daß die wirtschaftlichen und politischen Probleme der Regierung zu einem Putsch führen, der der Opposition zumindest Bewegungsraum verschaffe. — (tht)

Israel und Palästina – ein Reisebericht

Über ein Jahr ist es nun her, daß die „Declaration of Principles“ (DOP), die Grundsatzklärung über die Einführung einer Teilautonomie im Gaza-Streifen und einem Teil der besetzten Gebiete, von Yassir Arafat und Ischak Rabin unterzeichnet wurde. Ein Jahr, in dem auch einiges getan wurde, um die vereinbarten Grundsätze umzusetzen. Ein Jahr, in dem in PolitikerInnenreden, Zeitungsartikeln und Veranstaltungen immer wieder betont wurde, jetzt sei die Zeit des Friedens zwischen Israelis und PalästinenserInnen angebrochen und die 27 Jahre der Besetzung und Unterdrückung seien nun reine Geschichte. Die ganze Harmonie scheint nur gestört durch Aktionen rechtsradikaler Siedler und ebenso konservativer Aktivisten der fundamentalistischen Hamas. Doch außer einer großen Medienpublizität haben weder die Aktionen der Siedler noch

Ende Juli war ich für zwei Wochen in Israel und Palästina, die meiste Zeit davon in Jerusalem. Es war meine erste Reise in diese Region und das Ziel war, mir einen eigenen Eindruck von der momentanen Situation dort zu verschaffen, jetzt, nach dem sogenannten „Gaza-Jericho-Abkommen“. Die Frage war für mich vor allem zum einen, was das – palästinensische und israelische – „Volk“, die Leute auf der Straße, vom Abkommen und den Friedensbemühungen halten, was sich ihrer Meinung nach verändert hat und wie es konkret weitergehen soll.

Zum anderen interessierte mich, welche linken Gruppierungen es in dieser Region gibt und wie ihre Arbeit aussieht, wie sich israelische und palästinensische linke Gruppen und Organisationen zu dieser historischen Situation verhalten, was ihre Einschätzungen und weiteren Vorstellungen sind. Außer in Ost- und Westjerusalem war ich noch im Gazastreifen und im Westjordanland.

Änderungen aus palästinensischer Sicht...

Es ist in zwei Wochen zwar nicht möglich, einen umfassenden Eindruck der Situation zu bekommen, aber ich hatte doch die Gelegenheit, mit vielen Männern und einigen Frauen aus verschiedenen gesellschaftlichen und politischen Bereichen zu reden. Trotz meinem Versuch, mit möglichst unterschiedlichen Leuten zu reden, kommt mensch (oder frau?) halt am schnellsten und einfachsten mit – männlichen – Palästinensern ins Gespräch. Auf meine Fragen an die PalästinenserInnen, die ich auf der Straße oder bei anderen Zufallsbegegnungen kennengelernt habe, ob sich denn jetzt nach dem Abkommen für sie etwas verändert habe, und wenn ja was, bekam ich oft zu hören: Ja, es habe sich viel verändert, und sie zählten mir auf, die Repression habe nachgelassen, es gebe ein kleines, aber eigenes Palästina, sie hätten einen eigenen Staatschef, eben Arafat. Manchmal habe ich dann nochmal nachgefragt, wie sie denn zu Arafat und seiner Politik stünden, und wie das mit der eigenständigen palästinensischen Wirtschaft sei. Die häufigste Antwort war dann, ja Arafat, das sei ein großer und guter Mann, er würde eine gute Politik machen, aber er habe es eben sehr schwer. Gerade wegen der wirtschaftlichen Situation, die Wirtschaft sei so kaputt, und es gebe kein Geld. Aber fast alle äußerten Zuversicht: Arafat werde das schon hinkriegen. Eine Antwort allerdings auf die Frage, ob sie denn etwas über konkrete Schritte der PLO-Regierung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und Armut wüssten, konnte mir keiner geben.

Aber es gibt natürlich nicht nur PLO-nahe PalästinenserInnen. So haben die palästinensischen Linken, meist der PFLP nahestehend, mit denen ich gesprochen habe, Schwierigkeiten mit der Regierung Arafats geäußert. Auch sie sahen viele Veränderungen – aller-

dings vor allem im „Kosmetischen“: Z.B. die Sache mit der Repression. Es ist momentan ein Stück weit eine Entspannung eingetreten, was die alltägliche Schikane angeht. Im konkreten, israelische Soldaten in den besetzten Gebieten schießen nicht mehr ganz so schnell, kontrolliert wird „nur“, wer aus den besetzten Gebieten oder auch den Autonomiegebieten ausreist, nicht, wer einreisen will. In Gaza gibt es keinen Curfew, keine Ausgangssperre am Abend mehr. Gleichzeitig werden aber nach wie vor einige tausend Palästinenserinnen und Palästinenser als politische Gefangene in israelischen Knästen gefangen gehalten, und es gibt in den besetzten Gebieten immer mal wieder Schießereien mit der Armee.

Viele politische AktivistInnen erzählten mir, für ihre Arbeit habe sich durch die neue Situation einiges geändert. Sie kritisieren heftig die Verhandlungstaktik und Politik Arafats. „Arafat ist ein schlechter Verhandler“ sagte mir einer, „er war in einer Situation der Stärke, und hat verhandelt, als ob er alles akzeptieren müßte.“ Auch „Arafat hat kein ernsthaftes Programm“ war eine oft gehörte Äußerung.

Aber wie schätzen Linke die nähere Zukunft der besetzten und autonomen Gebiete ein? Viele Male haben die Leute mir von ihrer Befürchtung erzählt, die israelische Regierung plane, ein völlig zerstückeltes Netz von „Bantu-Staaten“ zu schaffen, lauter kleine palästinensische Enklaven, die nicht direkt miteinander verbunden sind und in keiner Weise unabhängig von Israel existieren könnten.

Ob diese Befürchtung tatsächlich den israelischen Plänen entspricht, kann ich nicht sagen, richtig ist sie auf alle Fälle, was das Gebiet um Jerusalem herum angeht. Dort wird seit dem Abkommen verstärkt Land enteignet, um Siedlungen zu vergrößern oder auch ganz neu zu bauen. Das Ziel ist, einen Ring von Siedlungen um Jerusalem zu bauen, mit dem eine mögliche palästinensische Hauptstadt Ostjerusalem unmöglich gemacht werden soll. Womit natürlich auch Tatsachen geschaffen werden, bevor der Status von Jerusalem endgültig durch Verhandlungen geklärt wird.

Aber nicht nur über die israelische Politik sprachen die AktivistInnen und Aktivisten, auch die Politik Arafats war ein zentrales Thema. Er würde versuchen, eine PLO- bzw. Fatah-Alleinerrschaft aufzubauen und dabei keine Opposition neben sich dulden. So sind auf Anweisung Arafats z.B. zwei Zeitungen geschlossen worden, die nicht opportun genug über die Verhandlungen berichtet hatten. Oder eine Aktivistin aus der Westbank meinte, eigentlich sei es unter der neuen Führung für sie und andere schwieriger geworden, nach Gaza zu reisen. Früher habe sie nur eine Erlaubnis bei der israelischen Behörde erreichen müssen, heute muß sie das auch noch bei der palästinensischen, und da sei es gerade für bekannte Linken schwieriger geworden.

Überhaupt übernimmt die palästinensische Polizei immer mehr die Auf-

anschläge wie der von Tel Aviv vor einigen Wochen grundlegende Veränderungen in Struktur und Bestimmung des laufenden „Friedensprozesses“ bewirkt. Fragen danach, ob dieser Friede ein gerechter Friede ist, wurden und werden selten gestellt, die Diskussion hantiert oft mit pragmatischen Sachzwang-argumenten. Auf der anderen Seite bestimmen Vermutungen, Halbwissen und leider auch immer noch diverse Plattheiten die argumentative Untermauerung des Unbehagens, daß dieser Frieden nicht ganz so golden ist, wie er glänzt.

Der folgende Artikel will einen Beitrag zu einer realistischer Einschätzung der Situation leisten und auch den Eindruck, der israelisch-palästinensische Konflikt sei mit dem Zustandekommen der DOP und der weiteren Verhandlungen schon so gut wie gelöst, angreifen.

gaben, die früher die israelische Armee hatte. Dazu gehört eben auch die „Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit und Ordnung“. Mit einem großen Unterschied: Diejenigen, die heute in der palästinensischen Polizei dienen, sind meist langjährige, verdiente Fatah-Kämpfer, die – logischerweise – hinter dem Abkommen und Arafats Strategie stehen. Und die ihre Pflicht 120%-ig erfüllen wollen. So 120%-ig, daß in Gaza kürzlich zwei als Kollaboratoren denunzierte Männer von der palästinensischen Polizei zu Tode gefoltert wurden. Und so 120%-ig, daß bei einem Grenz- zwischenfall Ende Juli in Gaza, als einige hundert Arbeiter die Grenze zu Israel stürmen wollten, um Arbeit zu suchen, auch die palästinensische Polizei auf die Losstürmenden schoß. Je nach politischer Zugehörigkeit des Erzählenden wahlweise in die Luft oder direkt auf die Leute.

Aber ob Arafat-AnhängerInnen oder -gegner, stolz waren alle auf „ihren“ palästinensischen Staat. Darauf, daß es eine eigene Polizei gibt, bald eigene Schulbücher geben wird und daß sie ihre Fahne frei zeigen können.

... und aus israelischer Sicht

Und was ist mit Israelis und der israelischen Linken? Auch darüber wollte ich etwas erfahren. Wenn für mich die Besetzung im israelischen Alltag auch sichtbar und spürbar war, hatte ich doch gleichzeitig den Eindruck, daß für viele IsraelInnen die Tatsache der Besetzung an sich kein besonders wichtiges Thema ist. (Ich hatte allerdings auch nicht so viel Gelegenheit, mit IsraelInnen über das Thema zu sprechen.) Aufgefallen ist mir in Gesprächen, daß den meisten nicht klar war, was die Besetzung für die Leute in der Westbank bedeutet, wie die alltägliche Schikane in den besetzten Gebieten aussieht.

Die einzigen, mit denen ich geredet habe, die eine weitergehende Vorstellung davon hatten, waren die Angehörigen der israelischen Friedensbewegung; womit wir auch bei der israelischen Linken wären.

Die Linke in Israel ist vor allem in der Friedensbewegung aktiv, die Friedensbewegung besteht anders herum, aber nicht nur aus Linken, und wer sich unter Friedensbewegung so etwas ähnliches vorstellt wie in der BRD Anfang der 80er Jahre, liegt falsch. Die Friedensbewegung in Israel besteht aus allen gesellschaftlichen Kräften, die sich für ein Ende der Besetzung und eine friedliche Lösung im Westjordanland, Gazastreifen und auf der Golani-Höhe einsetzen. Darunter sind zionistische Gruppen genauso wie nicht-zionistische und antizionistische, und sie umfaßt ein Spektrum von ultraorthodoxen Jüdinnen über Angehörige von sozialdemokratischen und linksliberalen Gruppierungen und Parteien bis hin zu linksradikalen Gruppen.

So breit wie das Spektrum an Gruppen, so unterschiedlich sind die Einschätzung des Abkommens und die wei-

teren Vorstellungen. Während die linksliberalen Gruppen mit dem Abkommen und den Verhandlungen weitgehend zufrieden sind, kritisieren linksradikale Gruppen das Abkommen als nicht weitgehend genug.

Einig sind sich aber alle Gruppen, daß das Abkommen ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung ist. Ein Aktivist von Yesh Gvul erzählte mir auf die Frage, was denn das Abkommen für die israelische Friedensbewegung konkret verändert habe, eines der größten Probleme sei, daß es seit der Unterzeichnung des Abkommens fast keine Bewegung mehr gäbe. Sehr viele AktivistInnen kamen aus einem linksliberalen Spektrum und haben nun ihr Ziel, ernsthafte Verhandlungen um einen dauerhaften Frieden mit gemäßigten palästinensischen Gruppen, erreicht.

Dieses rasche und starke Schrumpfen der Bewegung bewirkt, daß die übrigen Friedenskräfte im Moment in der Öffentlichkeit nicht sehr präsent sind; auch sehen viele Gruppen erst einmal die Notwendigkeit, ihre Politik neu zu bestimmen und der veränderten Situation anzupassen.

Die Praxis der linken Kräfte, die ich selbst erlebt habe, bestand vor allem in der praktischen Unterstützung von palästinensischen Gruppen und Belangen sowie dem Versuch, eine kritische Öffentlichkeit in Israel selbst herzustellen. Die meisten Leute arbeiten direkt mit palästinensischen Gruppen und Einzelpersonen zusammen. Einige Beispiele sind die Unterstützung für palästinensische politische Gefangene, kostenlose Rechtsberatung für PalästinenserInnen im Westjordanland und ein gemeinsamer israelisch-palästinensischer Arbeitskreis, der versucht, den Bau weiterer Siedlungen um Jerusalem herum zu stoppen.

Empfehlenswerte Quellen

Auf einige Seiten meiner Reise und weitere Punkte, die für mich von Bedeutung waren, wie z.B. die Situation der Frauenbewegung in Israel und Palästina, bin ich in meinem Bericht überhaupt nicht eingegangen.

Aber da es sowieso nicht möglich ist, in einem so kurzen Artikel der komplexen Situation gerecht zu werden, möchte ich interessierten LeserInnen zur genaueren Einschätzung des Abkommens den Artikel „Via Jericho in den Morgen“ von Klaus Polkeln im ak 369 vom 24.8.94 und zur allgemeineren Information die monatlich erscheinende linke Zeitschrift *News from Within* (über die Situation in den besetzten Gebieten) bzw. die wöchentlich erscheinende *The Other Front* (eine Art wöchentliche linke Presse und Belange) des „Alternative Information Center“ in Jerusalem empfehlen.

Die Bestelladresse für die zuletzt genannte Zeitschrift lautet: „Alternative Information Center“, P.O.Box 31417, Jerusalem.

— (Anna)

Abschiebestopp für Kurden nicht aussetzen Inländische Fluchtalternative — eine Farce

Siegfried Martsch, MdL von Bündnis 90/Grüne in NRW, zum Abschiebestopp für Kurden

Anlässlich der Ende November bevorstehenden Aufhebung des Abschiebestopps für Kurden und Kurden brachten die Grünen im Landtag von NRW dieses Thema in der aktuellen Stunde am 10. November auf die Tagesordnung. Hier ihr Beitrag.

Die Situation in Türkei/Kurdistan ist die eines Bürgerkrieges. Seit mehr als zehn Jahren wird hier der Konflikt zwischen dem kurdischen Volk und dem türkischen Militär ausgefochten, die Zahl der Opfer steigt täglich an, die Anzahl der zerstörten Dörfer beläuft sich nach Angaben des türkischen Menschenrechtsvereins auf 1332, andere Quellen sprechen von rund 4000 zerstörten Dörfern. Willkürliche Exekutionen, Verhaftungen, Verschleppungen und Folterungen sind — so zynisch das klingen mag — Alltag im Leben der Kurden.

In dieser Situation stellt sich die Frage, ob sich die Gründe, die vor sechs Monaten für einen Abschiebestopp sprachen, erledigt haben, hat sich die Lage so zum Positiven verändert, daß heute keine Gefahr mehr besteht? Doch die Gründe, die vor sechs Monaten für den Abschiebestopp sprachen, bestehen weiter, die Lage hat sich noch verschärft.

Seit ca. zwei Monaten werden die Dörfer der Provinz Dersim systematisch niedergebrannt. Mit einer bisher noch nicht dagewesenen Offenheit sprechen Repräsentanten des türkischen Staates sogar diese Vernichtungsoperationen an:

So erklärte z.B. der SHP-Generalsekretär Sihri Saglar am 9.10.: „Ein Teil der Dörfer wurde von der Terrororganisation, ein Teil dagegen leider durch die Sicherheitskräfte in Brand gesetzt.“

Der Minister für Menschenrechte, Azimut Koylioglu, erklärte am 10.10.: „Tunceli wurde zum Zentrum des Terrors. Den Terror in den anderen Gebieten verursacht die PKK. Der Terror in Tunceli jedoch ist Staatsterror. Die Dör-

fer werden vom Staat geräumt und in Brand gesetzt.“

Der stellvertretende Parlamentspräsident Kamer Genc erklärte am 7.10.: „Ich kann die Niederbrennung der Dörfer nicht aufhalten. Immerhin bin ich jemand, der ein angesehenes Amt des Staates vertritt, weiß aber nicht, an wen ich mich wenden soll. Ich weiß nicht, wieviel Führungskräfte dieser Staat hat. Das ist kein Staat, sondern eine Banditenverwaltung.“

Am 17.10.: „Wenn das so weitergeht, wird es bald kein Tunceli mehr geben. Der Staat nimmt unsere Bürger nicht in Schutz. Das Vorgehen von Tunceli zielt auf die Vernichtung der Dörfer und Einschüchterung der Bürger ab. Jeder weiß, daß die Dörfer von Sicherheitskräften niedergebrannt wurden.“

Am 18.10. sagte der Generalstabschef Ismail Hakkı Kradayi zum stellvertretenden Ministerpräsidenten und Innenminister: „Die Operationen werden fortgeführt, und dabei könnten manchmal auch Bürger zu Schaden kommen. Durch die natürliche Beschaffenheit der Operation bedingt, trifft die Strafe auch einen Unschuldigen, brennt neben trockenem Holz auch nasses ab.“

In den kurdischen Provinzen herrscht nicht nur Krieg, nein, dort herrscht Vernichtungskrieg einer hochgerüsteten staatlichen Militärmaschinerie gegen die ansässige Zivilbevölkerung.

Die Militärmaschinerie wird seitens der bundesdeutschen Regierung durch Waffenlieferungen kräftig unterstützt. Auf eine Anfrage der GRÜNEN im Bundestag vom 7.9.94 antwortete die Bundesregierung: „Im Rahmen des Materialhilfe-III-Abkommens erhält die Türkei Materialien im Wert von insgesamt 1,5 Mrd. DM. Bis zum 18. August 1994 wurden Materialien im Wert von ca. 1,272 Mrd. DM an die Türkei geliefert. Material im Wert von ca. 80 Mio. DM wird zur Zeit für den Transport an die Türkei vorbereitet ... Das Material wird aus Beständen der Bundeswehr

geliefert.“ (Drucksache 12/8458)

Die Folgen dieser Politik läßt sich im UNHCR-Bericht vom September 1994 nachlesen: allein in den letzten zwei Jahren haben rund 1,7 Millionen Kurden ihre Häuser verlassen müssen. Der Konflikt erstreckt sich nicht nur auf die Notstandsprovinzen, sondern auf die gesamte Osttürkei, mit Ausnahme der Schwarzmeerprovinzen. Lagebericht April 1994.

Allerdings müssen wir uns auch der Situation in der Westtürkei widmen. Um es vorweg zu sagen: es gibt auch keine inländische Fluchtalternative mehr. Nach den 1994 veröffentlichten Länderberichten über die Menschenrechtslage im Jahre 1993 des US-Außenministeriums führten die gewalttamen Auseinandersetzungen im Südosten zu zunehmenden Spannungen zwischen Türken und Kurden und schaffen ein Klima der Intoleranz, besonders in den westlichen Städten wie Adana und Mersim, aber selbst in der ägäischen Provinz Kutahya. Berichte von ai Juli 1994 bestätigen eine solche Entwicklung auch für Istanbul und andere große Städte, selbst für Kleinstädte und Dörfer in der Westtürkei.

Nach einem Bericht der UN-Menschenrechtskommission vom Januar 1994 hat selbst der Sonderberichterstatter der Menschenrechtskommission des türkischen Parlaments feststellen müssen, daß Folter in der Türkei existiert und sie einen systematischen Charakter hat. So wurden z.B. in den Polizeihauptquartieren in Ankara und Diyarbakır Folterausführungen entdeckt.

Auch der Bericht des Auswärtigen Amtes vom 20. Juni 1994 räumt ein, daß Mißhandlungen in den ersten Tagen der Festnahme vor allen in Staatssicherheitssachen immer wieder vorkommen. Nach dem Bericht betrug die Zahl der landesweit berichteten Folterfälle 800 mit 29 Todesfällen in Polizeihhaft und 13 Verschwundenen.

Auch wenn nicht in jedem Einzelfall die Beweislage eindeutig ist, muß ange-

nommen werden, daß es für Kurden, die ihre Provinzen verlassen, grundsätzlich keine inländische Fluchtalternative gibt. Das AA vertritt zwar die Auffassung, daß Kurden nicht wegen ihrer Volkszugehörigkeit verfolgt würden, sondern wegen „Separatismus“. Diese Aussage ist mehr akademischer Natur und trifft vielleicht die Rechtslage, aber weniger die Realität. Da die Türkei sich hauptsächlich durch den kurdischen Separatismus bedroht sieht, sind es eben genau die Kurden, die bedroht werden.

Die Gefahr der Bedrohung, der Festnahme und der Folter aus vorstehenden Gründen trifft auch Kurden bei der Einreise, also Abgesobene. Zwar sollten diese Gefahren eigentlich im Asylverfahren geklärt werden, da es aber auch nach Aussage des AA-Lageberichts vom Juni 1994, letzter Absatz, ständig zu Übergriffen bei zurückkehrenden kurdischen abgelehnten Asylbewerbern kommt, scheint es eindeutig erwiesen, daß es keine inländische Fluchtalternative gibt.

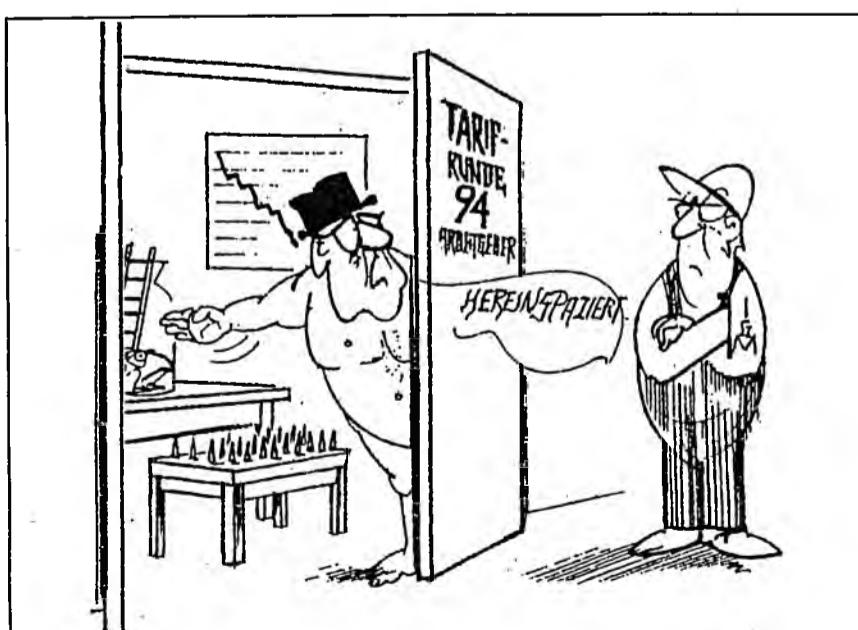
Einige Beispiele sind mir bekannt, da es mir persönlich bekannte Menschen betrifft. (...) Der in Istanbul lebende bekannte langjährige Sozialdemokrat und Rechtsanwalt, Hasip Kaplan, fährt zusammen mit der Kölner Stadtverordneten kurdischer Abstammung, Sengül Senol, seiner Familie und anderen Begeleitern im Sommer dieses Jahres ans Schwarze Meer, zwei Autostunden von Istanbul entfernt. Als sie abends in einem Restaurant zu kurdischer Musik, die aus dem Radio kommt, tanzen, werden sie von örtlichen Generalkommandanten festgenommen, geschlagen und mehrere Tage eingesperrt.

Beispiele wie diese gibt es mehrere und sie belegen eindeutig, daß die Westtürkei nicht als inländische Fluchtalternative angesehen werden kann. Das läßt den Schluß zu, daß es keine inländische Fluchtalternative für Kurden gibt, es sei denn, sie sind gewillt, als treue konservative Türken zu leben.

gür, daß er nie behauptet hat, daß ich und mein Freund Alianar im Namen der PKK arbeiteten, Geld sammelten. Er sagte, daß er den Namen PKK nie erwähnt hat. Der Dolmetscher und die Polizisten hätten dies erfunden. Stattdessen habe er gesagt, daß er sich mit Alianar nicht verstehe. Von mir war nicht die Rede. So wurden wir freigesprochen. Während wir im Gefängnis waren, meldete die türkische Zeitung Hürriyet am 23.4.94, die Terror-Organisation PKK verlange laut Polizeichef Richard Wüst Erpressungsgelder. Ich protestiere gegen die Haltung der deutschen Polizei gegenüber Kurden und fordere sie auf, ihre Vorurteile sein zu lassen. (aus: Lokalberichte München)

Krank, gefangen in Isolationshaft

Stuttgart. Mit folgender Presseerklärung wendet sich Rechtsanwalt Fresenius aus Frankfurt an die Öffentlichkeit: Der kurdische politische Gefangene Doğan Özserik hat aus Protest gegen seine Isolationshaft und die unterlassene medizinische Betreuung seine Haftzelle in Brand gesetzt. Herr Özserik verlor dabei das Bewußtsein. Seit dem



Sprockhövel. 6% mehr und eine deutliche „soziale Komponente“, so lautet die Tarifforderung der IG Metall für die metallverarbeitende Industrie Nordrhein-Westfalen. Die Abstimmung in der Großen Tarifkommission am letzten Freitag war mit 85:84 Stimmen denkbar knapp. Fast alle 30 Diskussionsredner traten in die Festgeforderte Tarifforderung von etwa 200 DM ein. — (wof)

Falsch angeschuldigt — Sechs Monate U-Haft!

München. Am 18. Oktober brachte die Kurdische Inländer-Redaktion von Radio Lora ein Interview mit Hashim Sasma, der sechs Monate in Stadelheim einsaß. Wir bringen eine kurze Zusammenfassung dieses Interviews. Polizisten holten mich von zuhause ab. Sie brachten mich in die Ettstraße (Polizeipräsidium München). Sie warfen uns vor, daß ich und mein Freund Alianar im Namen der PKK Geld gesammelt hätten. Nach unserem Aufenthalt in der Ettstraße brachten sie uns für sechs Monate ins Gefängnis. Als ich mich im Gefängnis befand, drangen ein Polizist und zwei maskierte Türken in meine Wohnung ein und jagten meiner schwangeren Frau und Kindern Angst ein. Meine Frau mußte ins Krankenhaus, wo sie ein totes Baby zur Welt brachte.

Währenddessen ging Ibrahim Güngür, der angeblich ich sage noch einmal: angeblich gegen mich und meinen Freund Anzeige erstattet hatte, in die Ettstraße, um die Polizisten warfen ihn raus. Nach sechs U-Haftaten kam ich vor Gericht. Bei Gericht sagte Ibrahim Gün-

NEUE MAXHÜTTE**Tarifvertrag erkämpft**

Nach drei Jahren tariflosem Zustand hat die IG Metall einen Durchbruch erzielt: Rückwirkend zum 1. Oktober wurde bei der Neuen Maxhütte in Sulzbach-Rosenberg in der Oberpfalz wieder ein Tarifvertrag abgeschlossen.

1987 meldete die Maxhütte Konkurs an. Nach Jahren drastischer Rationalisierung kündigten die neuen Eigner — darunter die bayerische Landesregierung — 1991 die Tarifverträge über Lohn, Gehalt und Ausbildungsvergütung. Mehr als 35 Mio. DM wurden den knapp 1700 Beschäftigten seitdem gegenüber dem früher auch bei der Maxhütte gültigen Stahl-Tarifvertrag für NRW vorenthalten. Die Einkommen wurden nur betrieblich geregelt.

Erst im September 1994 mußte sich der künftige Mehrheitsaktionär, Aicher, auf Verhandlungen über einen Tarifvertrag einlassen. Die Forderung nach Wieder-Angleichung an den Stahl-Tarifvertrag NRW beantwortete er mit

Gegenforderungen nach Flexibilisierung der Arbeitszeit, Abschaffung bezahlter „Brotzeiten“ und Kürzung der Sonderzahlungen — alles Punkte, die Gegenstand ungekündigter Tarifverträge sind. Am 12. Oktober erklärte die IG Metall die Verhandlungen für gescheitert. Bei einer Urabstimmung waren — trotz massiver Drohungen — 93,9 % der Beschäftigten für Streik.

Erst diese druckvolle Demonstration einer Belegschaft, die die Kapitalisten für geschlagen hielten, brachte die Wende. Wenige Stunden vor dem geplanten Streikbeginn kam es zu einer Einigung. Die Einkommen werden zu 100 % an den Stahl-Tarifvertrag NRW angeglichen, das sind 4,7 % mehr. Die umstrittene Pausenregelung bleibt unangetastet, ab Oktober 1996 wird die 35-Stunden-Woche eingeführt. Allerdings: Zwei Jahre lang kassiert Aicher Teile der Sonderzahlungen, die Mehrarbeitszuschläge für die ersten 2,5 Überstunden pro Woche entfallen. — (wof)

HAMBURG**Protestaktion im Abschiebegefängnis**

Am 6. November protestierten in der Abschiebehaftanstalt in Hamburg-Glasmoor Flüchtlinge gegen ihre Haft und gegen ihre Haftbedingungen. Flüchtlingsrat, Arbeitskreis Asyl und Antirassistisches Telefon wandten sich an die Öffentlichkeit mit der gemeinsamen Forderung, die inhumane Praxis der Abschiebehaft aufzugeben und das Abschiebegefängnis in Glasmoor zu schließen.

„Ca. 41 Gefangenen versuchten (mit der Aktion), auf ihre Situation und auf die nicht nur in Hamburg übliche Praxis der Abschiebehaft mit langen Haftzeiten aufmerksam zu machen.

Seit 1992 die gesetzlichen Grundlagen verschärft wurden, kann im Einzelfall bis zu einem halben Jahr Abschiebehaft angeordnet werden.

Abschiebehaft wird durch das zuständige Amtsgericht angeordnet, und zwar stets auf Antrag der Ausländerbehörde. Dafür reicht es aus, wenn Flüchtlinge

auf die Frage, ob sie freiwillig ausreisen werden, mit „Nein“ antworten.

Viele Flüchtlinge, die in Abschiebehaft sitzen, kommen aus Ländern, in die die Ausländerbehörde nicht abschieben kann, und zwar aus Kriegs- und Krisengebieten wie zum Beispiel Liberia, weil es keine Reisewege dorthin gibt oder die für eine begleitete Abschiebung durch den BGS zu gefährlich sind. Oder es können für die Abschiebung keine Pässe beschafft werden, weil die betreffenden Staaten sich weigern, wie zum Beispiel Algerien.

In all diesen Fällen könnte die Ausländerbehörde jederzeit zumindest eine Duldung ausstellen, anstelle Abschiebehaft zu beantragen.“

Der hier auszugweise dokumentierten Presseerklärung der drei Organisationen ist zuzufügen, daß sowohl Vertretern des Flüchtlingsrats wie den GAL-Abgeordneten ein Besuch bei den in Abschiebehaft gehaltenen Gefangenen verweigert wurde. — (scc)

28.10.1994 befindet er sich im Hungerstreik. Herr Özserik ist seit dem 3.7. 1994 wegen des Vorwurfs der Mitgliedschaft in der PKK aufgrund des Haftbefehls des Ermittlungsrichters am Bundesgerichtshof in der Justizvollzugsanstalt Stuttgart-Stammheim in Untersuchungshaft. Herr Özserik ist schwer behindert. Bei seiner aktiven Teilnahme am kurdischen Befreiungskampf hatte er sich in der Türkei schwere Erfrierungen zugezogen. Seine Beine mußten bis zu den Knien amputiert werden, ebenso seine Fingerkuppen. Gegen Herrn Özserik wird strenge Isolationshaft exekutiert. Aufgrund des 23stündigen Einschlusses ist Herr Özserik einem Bewegungsmangel ausgesetzt. Seit einigen Wochen leidet er unter dauerhaften starken Schmerzen in den Beinstümpfen; der Stress der Isolationshaft hat zu häufigen Kopfschmerzen und Ermüdungserscheinungen geführt ... Herr Özserik empfindet seine Haft als Todesstrafe auf Raten. Er fordert daher die Aufhebung der Isolationshaft — sein Zusammenkommen mit anderen kurdischen politischen Gefangenen. Seine weiteren Forderungen sind: Bei der Besuchsüberwachung durch das Landeskriminalamt soll statt eines tür-

kisch- ein kurdisch-sprachiger Dolmetscher anwesend sein; Privatbesuche ohne LKA-Überwachung; die Erlaubnis, Bücher und Zeitungen zu beziehen, die im Handel erhältlich sind; Beendigung der Kriminalisierung von Kurden in der BRD; keine ökonomische und militärische Unterstützung der Türkei durch die BRD; das Europäische Parlament möge eine Beobachterdelegation in die Türkei schicken, um die Folgen des schmutzigen Krieges gegen die Kurden zu dokumentieren. — (Rechtsanwalt Fresenius)

Demonstration am Jahrestag der Reichspogromnacht

Köln. Erinnern heißt handeln, unter diesem Motto demonstrierten in Köln am 10. November mehrere hundert Menschen. Sie wollten gleichzeitig an den Jahrestag der Reichspogromnacht und an den 50. Jahrestag der Hinrichtung von sechs „Edelweißpiraten“ durch die Nazis erinnern, Jugendliche, die Widerstand gegen das Hitlerregime leisteten und bis heute offiziell als Kriminelle geführt werden. Als Beweismittel dafür gelten nach wie vor Gestapo-Akten. Heinz Humbach, damals selbst als Ju-

SCHLESWIG-HOLSTEIN**Soll das AKW Krümmel wieder ans Netz?**

Ob das umstrittene AKW Krümmel bei Geesthacht aufgrund von erhöhten Leukämie-Raten im Umfeld stillgelegt wird, ist immer noch nicht entschieden.

Mit der Studie des Bremer Präventionsforschers Prof. Eberhard Greiser zur erhöhten Blutkrebsrate im Umkreis des AKW Krümmel wurden in der vergangenen Woche auf einer Ausschusssitzung des schleswig-holsteinischen Landtags brisante Daten bekanntgegeben. Der Wissenschaftler hatte darin ermittelt, daß insbesondere die strahlungsbedingt geltende Leukämie in der Nähe von Krümmel verstärkt aufgetreten ist. Demnach ist das Erkrankungsrisiko in den an Krümmel angrenzenden Landkreisen Harburg, Lüneburg und Lauenburg um 15 % höher als normal. Im 5-km-Radius um das AKW beträgt das Erkrankungsrisiko für Strahlen-Leukämie für Erwachsene allgemein sogar 94 % und für Männer 175 %. Das Risiko für sämtliche Blutkrebsarten liegt in dieser Gegend um 78 % höher. Basis der Untersuchungen sind 51 Leukämie-Fälle zwischen 1984 und 1993. Nach Bekanntwerden dieser Daten hatte Energieminister Claus Möller das AKW zunächst vom Netz nehmen lassen.

Eine Leukämie-Kommission sollte am vergangenen Freitag feststellen, ob zwischen den Leukämie-Fällen und

dem AKW ursächliche Zusammenhänge bestünden. „Man wird das Wiederanfahren des AKW wahrscheinlich nicht verhindern können“, lautet jedoch die enttäuschende Antwort des Sprechers aus dem Umweltministerium, Wolfgang Götze, zum Ergebnis der Sitzung. Die Leukämiekommission sei zu dem Ergebnis gekommen, daß es sich bei der Greiser-Studie nur um eine Indizienstudie handle. Zur Ursachenforschung sei jedoch eine Falkontrollstudie notwendig. Er vermutete, daß eine solche noch durchgeführt werde, sicher sei dies jedoch nicht.

Voraussichtlich wird also das AKW wieder ans Netz gehen und das Leukämie-Risiko in der Elbmarsch weiter bestehen. Die örtlichen Grünen sowie die Bürgerinitiative „Krank durch Atom-Anlagen“ sind darüber empört. Ihrer Meinung nach müßte im Gegensatz zu einer Fallstudie nachgewiesen werden, daß das AKW nicht die Ursache für Blutkrebs sei — die Verantwortung liege also beim Energieunternehmen Hamburger Elektrizitätswerke (HEW). Ob die schleswig-holsteinische SPD — wie einst versprochen und vergangene Woche erneut vor dem Kieler Landtag in einer Regierungserklärung beteuert — immer noch am Ausstieg aus der Atomenergie festhält, ist bei dieser Verzögerungstaktik mehr als fraglich. — (bam, Lokalberichte Kiel 22/94)



gendlicher aktiv für das Nationalkomitee Freies Deutschland, hob in seiner Rede hervor: „Wir standen vor der Wahl: uns anzupassen und den Nazibefehlen zu gehorchen ... Oder einen anderen Weg zu versuchen: nicht mehr mitzumachen, vom Westwall zu turmen, in den Trümmern Kölns unterzutauchen. Das bedeutete, von der Gestapo gejagt zu werden, immer neue Verstecke suchen zu müssen, keine Lebensmittel kaufen zu können, sondern sich das Lebensnotwendige zu organisieren, auf welche Weise auch immer ...“ — (jöd)

Für die Abschaffung der Abschiebehaft!

Worms. Der Personenkreis, der im Mai 1993 zur Blockade des Bundestages am Tag X der Verabschiedung der Asylrechtsänderung aufgerufen hat, plant nun eine Aktion des zivilen Ungehorsams am 10.12.94, am Tag der Menschenrechte. Nach einer Demonstration durch die Wormser Innenstadt soll am Abschiebeknast eine symbolische Entzäunung stattfinden, um deutlich zu machen, das ist ein Zaun, den wir nicht akzeptieren können — NEIN zur Ab-

schiebehaft. Im Aufruf heißt es: „Ziel ist eine politische Lösung des Problems. Deshalb versteht sich unsere Aktion als Aufruf an die Öffentlichkeit, verstärkt der menschenunwürdigen Haft- und Abschiebepraxis entgegenzutreten, und als dringender Appell an die politisch Verantwortlichen: sie müssen dafür Sorge tragen, daß die menschenverachtende und grundrechteverletzende Abschiebepraxis ein Ende hat.“

Wer Aufruf bzw. Aktion unterstützen möchte, Informationsmaterial möchte, kann sich an folgende Adresse wenden: M. Singe, Lennéstr. 45, 53113 Bonn. — (u. b.)

Mit Telefonkarten Wohnsitzlosen und Armen helfen

Frankfurt. Der Verein Lobby für Wohnsitzlose und Arme e.V. verkauft Telefonkarten in niedriger Auflage (1000 Stück). Eine Telefonkarte im Wert von 6 Mark beispielsweise kostet 30 Mark. Der Käufer spendet also 24 Mark und hat eine Karte, die durch ihre niedrige Auflage im Sammelwert steigt. Dies ist nur eine von vielen Aktionen. Informationen über den Verein und Möglichkeiten der Unterstützung gibt es unter Tel. 069-3086715. — (udi)

Berlin: Polarisierung gesellschaftspolitischer Konflikte verlangt neue Entscheidungen

Gespräch mit dem Fraktionsvorsitzenden der PDS-Linke Liste im Abgeordnetenhaus, Peter Zolt

■ Dietmar Staffelt, bislang SPD-Landes- und Fraktionsvorsitzender, ist zurückgetreten. Worin liegen nach Ihrer Einschätzung die eigentlichsten Gründe?

Unabhängig von einem sicherlich vorhandenen Ursachenbündel scheint es beim Staffelt-Rücktritt um einen zumindest politischen Konflikt und um ein prinzipielles Dilemma der SPD zu gehen.

Zum zweiten Mal — nach der Europawahl nun bei der Bundestagswahl — haben West- und Ostberlin zwei nahezu konträre Wahlergebnisse aufzuweisen: In Westberlin dominiert die CDU, zwar mit permanentem Stimmenabfall, aber mit Vorsprung. Und im Ostberlin ist die PDS die stärkste Partei, bei den Europawahlen mit 40 Prozent, und bei der Bundestagswahl — bei deutlich höherer Wahlbeteiligung — mit ca. 35 Prozent. Die SPD ist zwar Gesamtberliner Gewinnerin, aber nur durch die Summierung zweier zweiter Plätze. Im Osten hat sie verloren, und im Westen hat sie nichts gewonnen.

Hinter der parteipolitischen Polarisierung zwischen CDU-West und PDS-Ost verbergen sich klare gesellschaftspolitische Polarisierungen, also auf der einen Seite der konservative Sozial- und Demokratieabbau sowie das verheerende „Weiter so!“ der CDU und auf der anderen Seite die zunehmenden Forderungen nach Rechts- und Sozialstaatlichkeit sowie die klaren Forderungen nach einer politischen Wende und neuen — also sozialen, ökologischen und demokratischen — Prioritätensetzungen in der Politik.

Dieser Widerspruch durchzieht das ganze Land und selbstverständlich auch Berlin, aber er verschärft sich durch den in dieser Stadt besonders gravierenden Ost-West-Konflikt. Dieser ist politisch verursacht, denn der rigide Sozial- und Demokratieabbau im Osten ist doch letztlich das Experiment „am lebenden Objekt“ dafür, wie weit die konservative Politik insgesamt gehen kann.

In dieser Situation muß sich die SPD entscheiden, auf welchen Pol — und zwar gesellschafts- und parteipolitisch — sie sich zubewegt. Eine „rechte Ehe mit immer mal linken Seitensprüngen“ funktioniert da nicht mehr, aber genau dafür stand Staffelt. Je mehr sich die Lage polarisierte, desto weniger war er den Rechten in der SPD rechts genug und den Linken links genug. An dieser grundsätzlichen Richtungsentscheidung ist meines Erachtens Staffelt gescheitert. Insofern ist er das erste prominente Personenopfer des Pirouetten- und Schlingerkurses der Berliner SPD, für den er selbst hauptverantwortlich ist.

■ Aber die Berliner SPD will doch ganz offensichtlich Ihren Kurs fortsetzen ...

Ja, und deshalb denke ich, daß Staffelt nicht das letzte Opfer sein wird. Die SPD ist gegenwärtig dabei — und in Berlin hat das Walter Momper ganz klar proklamiert —, einen eindeutigen Abgrenzungs- und Abschottungskurs gegenüber der PDS festzumachen. Und dabei geht es gar nicht nur um die Grundsatz- und Machtebene, also eine Koalition mit der PDS, eine Duldung durch die PDS, eine generelle Zusammenarbeit mit der PDS usw.

Nein, die SPD setzt mit diesem Kurs

vor allem die Chance aufs Spiel, alternative Projekte — von der Arbeitsmarktpolitik über die Verkehrs- und Stadtentwicklungspolitik hin zur Mietenpolitik — zu verwirklichen, die den Interessen und Bedürfnissen der Menschen entsprechen, die in den Programmen verschiedener linksorientierter politischer Parteien stehen, die eine Abkehr vom konservativen Denken bedeuten würden und die gemeinsam durchgesetzt werden könnten, völlig egal, ob die einen in der Regierung und die anderen in der Opposition sitzen.

Insofern ist die prinzipielle Abgrenzung der SPD zur PDS auch immer eine grundsätzliche Hinwendung zur CDU und zu dem politischen Konzept, das die Konservativen vertreten. Das ergibt sich nicht aus einem vereinfachten Freund-Feind-Bild, sondern aus der schon erwähnten Polarisierung der gesellschaftlichen Konflikte.

Wenn nun eine Kraft wie die SPD, die sich ja selbst noch irgendwie im linken Raum definiert, um eines abstrakten Abgrenzungsprinzips willen zur PDS auf die Durchsetzung solcher alternativer Projekte verzichtet, setzt sie die Interessen der Menschen aufs Spiel, und sie stellt sich letztlich als eine Alternative zu den Konservativen in Frage. Das ist der Widerspruch, in dem sich die Berliner SPD — aber wohl auch die SPD insgesamt — verhalten muß.

■ Gibt es denn mehr Kooperationsmöglichkeiten mit Bündnis 90/Die Grünen?

Hier ist die Situation im Grundsatz nicht anders, denn gerade für Bündnis 90/Die Grünen sind wir in Ost und West harte politische Konkurrenten. Aber es gibt natürlich hier und da schon Erfahrungen mit einer sachbezogenen Projektarbeit, die aber bislang ausschließlich über Personen, nicht über institutionelle Gremien gelaufen ist. Das ist völlig normal, ebenso wie ich glaube, daß der Abbau des Mißtrauens, das nicht wenige bei Bündnis 90/Die Grünen gegenüber der PDS haben und das ich durchaus akzeptiere, viel Zeit braucht und nur über positive Erfahrungen in sachbezogener Projektarbeit erfolgen kann.

Innerhalb des Berliner Landesverbandes von Bündnis 90/Die Grünen (AL) gibt es zur Zeit Debatten, die das Klima für sachbezogene Projektarbeit positiv befördern könnten. Sie werden vor allem zu drei Fragen geführt:

— Erstens darüber, ob es richtig ist, sich einseitig an die SPD zu binden, die doch immer mehr zum Wurmfortsatz der CDU mutiere.

— Zweitens gibt es Diskussionen, ob und wie sich die neue Gesamtpartei zu den linken Gründungssentials der ehemaligen westdeutschen Grünen bzw. der Verweigerung gegenüber diesen linken Positionen durch Bündnis 90 verhalten soll.

— Und drittens fragen sich nicht wenige, ob sie daran interessiert sein sollten, daß die PDS heute der gleichen politischen Ächtung unterliegt, die die Grünen in den siebziger und achtziger Jahren erfahren hatten.

Vieles hängt natürlich davon ab, wie der politische Richtungsstreit bei Bündnis 90/Die Grünen entschieden wird, ob die Lockerung der selbst auferlegten Bindung an die SPD mit einer Annäherung an die CDU einhergeht und — vor

allem — ob sich innerhalb von Bündnis 90/Die Grünen (AL) in Berlin jene Kräfte durchsetzen, die mit Nachdruck auf linken grünen Grundsatz-Essentials in Programmatik und Politik bestehen. Aber ich würde meinen, daß dies noch alles offen ist.

■ Auf der letzten Tagung des Landesparteitages hat sich die Berliner PDS für eine Unterstützung eines rosa-grünen Senates ab 1995 ausgesprochen. Wie beurteilen Sie diese Entscheidung?

Wir haben in Auswertung des Bundestags-Wahlergebnisses unser politisches Ziel bekräftigt, die CDU in Berlin 1995 abzuwählen und eine Fortführung der Großen Koalition zu verhindern. Selbstverständlich stand dabei die Frage, was an Stelle der Großen Koalition treten solle. Wir meinen — unter Abwägung aller Umstände, und dazu gehört auch, daß wir uns im Falle einer Regierungsbeteiligung in einem vertretbaren Maße verbiegen müßten —, daß ein rosa-grüner Senat dafür die besten Chancen und auch ein beträchtliches Innovationspotential haben könnte, vor allem, wenn er von einer starken roten Opposition in Richtung grundlegender Alternativ-Projekte gedrängt und dabei dann auch allerdings unterstützt wird. Dabei lassen wir keinen Zweifel daran, daß ein solcher Senat sehr kritisch gesehen werden muß; unser Maßstab ist aber, wie der CDU-Einfluß auf die politische Macht ausgeschlossen werden kann.

■ In Berlin spielt die F.D.P. — anders als in den meisten anderen Bundesländern — noch eine gewisse Rolle. Wie beurteilen Sie die Entwicklungen in der Berliner F.D.P.?

Im Prinzip geht es der F.D.P. nicht anders als den anderen hier genannten Parteien — sie muß angesichts der gesellschafts- und parteipolitischen Polarisierung in Berlin eine Richtungsentscheidung treffen. Wenn auch — wie ich denke — der Berliner Landesverband der F.D.P. zu den heterogenen in der F.D.P. zählt, geht es auch hier der F.D.P., wo es noch relativ viele Liberale mit sozialem Anspruch gibt, nicht um ihr, sondern schlechthin um irgendein Profil.

Die Berliner Erklärung einiger Rechtsaußen in der F.D.P. zeigt, daß der Trend, sich rechts von der CDU zu platzieren und auch einiges von dem zu besetzen, was einst die Republikaner hatten, nicht unweentlich ist. Und da die F.D.P. ohnehin um das parlamentarische Überleben in Berlin kämpft, hat der Erfolg des Haider-Rezeptes in Österreich auch auf jene in der F.D.P. Sogwirkung, die sich noch den mehr ursprünglichen liberalen Werten verpflichtet fühlen. Immerhin haben auch fünf Abgeordnetenhausmitglieder der F.D.P. den schlimmen Aufruf der Rechts-Konservativen gegen die PDS mit unterzeichnet.

■ Stichwort Anti-PDS-Aktionen. Auch Innenminister Heckelmann macht ständig gegen die PDS scharf. Zugleich verhält er sich zurückhaltend gegen rechts.

Sie dürfen nicht übersehen, daß seit 1992 in Berlin weit über 60 % links von der CDU wählen. Die CDU verliert sichtlich an Boden; sie braucht also in

Berlin ein Klima, das nackte Ängste vor den Linken — vor allem vor der PDS — schürt und das das rechte Spektrum verharmlost. Nur so besteht eine Chance, daß sich neue konservative Kräfte konzentrieren bei den kommenden Wahlen ergeben können.

Und da spielt Heckelmann selbstverständlich seinen Part. Er hat sich zwar von seinem Pressesprecher Bonfert getrennt, der allzu offen in extremen rechten Kreisen verkehrte, aber Bonfert erleidet keinerlei wirkliche Konsequenzen. Man stelle sich vor, was hingegen geschehen wäre, wenn Bonfert die Kommunistische Plattform oder die PDS-AG „Junge GenossInnen“ kontaktiert hätte ...

Statt dessen versorgte Heckelmann die Öffentlichkeit jeden Tag vor den Wahlen mit neuen Details über die angebliche Extremistennähe und Verfassungsfeindlichkeit der PDS, er soll — so war es jedenfalls in der Presse zu lesen — einen Tag vor Eröffnung des 13. Deutschen Bundestages schnell noch die dubiose Akte über Stefan Heym an die Bundestagspräsidentin gegeben und Heyms Eröffnungsrede zu verhindern versucht haben. Heckelmann setzt alle Repressionen gegen Kurden und Kurden sowie gegen ausländische Flüchtlinge mit besonderer Härte durch, und er leistet so objektiv einen deutlichen Beitrag zur Schürung rechter Gewaltbereitschaft, Furcht vor Linken und Ausländerinnen und Ausländern.

Aber auch die Rolle von Heckelmann ist meines Erachtens nur aus der politischen Grundsatzsituation heraus zu erklären. Die Krisenkonflikte spitzen sich in Berlin im besonderen zu, und die Parteien müssen sich in diesen Widersprüchen verhalten. Daß sich dabei die Konservativen aller Mittel bedienen und auch die verkommenen nicht scheuen, sollte uns doch nicht verwundern. Dieses müssen wir mehr denn je öffentlich machen und zum Gegenstand politischer und — wenn möglich und notwendig — juristischer Auseinandersetzungen machen.

Viel entscheidender ist nach meiner Meinung — jetzt wiederhole ich mich — wie sich SPD und Bündnis 90/Die Grünen innerhalb dieser grundlegenden Widersprüche verhalten. Da finde ich es mehr als bedauerlich, daß bei ihnen — statt einer klaren Entscheidung auf der Grundlage des eigenen programmatischen Selbstverständnisses — noch viel zu viel offen ist. Das sage ich jenseits aller Illusionen, die dieser oder jener über das Linkspotential der SPD und von Bündnis 90/Die Grünen (AL) in Berlin haben mag. Insofern besteht schon eine ziemliche Aufgabe für die PDS in Berlin darin, für die Leute klar und berechenbar zu sein, das politisch zu machen, was sie partei- und wahlprogrammatisch verspricht, über eine solche Berechenbarkeit auch Berechenbarkeit für andere politische Parteien und Kräfte herzustellen, die Chance alternativer Projekte immer im öffentlichen Bewußtsein zu halten und so ein politisches Klima auszuprägen, das sich für alle linksorientierten Kräfte in der Stadt als förderlich erweist.

Wir bedanken uns für das Gespräch.

(Das Gespräch führte die Redaktion Politische Berichte / Ost)

Die SPD — Gefangene eigener Konstruktion

Dieter Strützel über die Probleme der SPD nach den Landtagswahlen in Thüringen

Es ist die Stunde der Exekutive. Während der Verlierer und einer der beiden Sieger der Landtagswahl über das Übel verhandeln, das sie dem Land zu ersparen versprochen hatten, regiert die abgewählte Regierung weiter, ohne Parlament, dank der allmächtigen Bürokratie. So das erste Ergebnis der seit vier Wochen laufenden Verhandlungen zwischen Thüringens CDU und SPD über die große Koalition.

Wer führt die große Koalition in Thüringen?

Während diese Zeilen geschrieben werden, stagniert das Gespräch. Wie in Mecklenburg-Vorpommern macht die CDU im Kampf um die Posten den Sozialdemokraten mit Hinweis auf das Wahlergebnis klar, wer hier der Senior und wer der Juniorpartner ist. Wohingegen die SPD den gerechten Standpunkt vertritt, wer eine mehrheitlich abgewählte Regierung am Ruder hält, dürfe wenigstens Gleichbehandlung verlangen; die Posten seien folglich zu gleichen Teilen zu vergeben. Dieses noch ausstehende zweite Ergebnis des Koalitionshandels hat nicht nur für die abzuwickelnden oder neu an die Krippe gelangenden Minister Gewicht. Wird es doch zeigen, inwieweit die CDU ihr Machtmobil erhalten, ihren Anspruch als führende Partei durchsetzen kann, inwieweit ihr die SPD dabei entgegentritt. Und: welche Erfahrungen aus einer Vereinnahmung die SPD nun nicht nur gegen den Feind PDS, sondern auch gegen den Gegner CDU glaubhaft macht.

Ein Zeichen, daß sie eigene politische Vorstellungen (noch) nicht sang- und klanglos dem Koalitionspartner opfern will, setzte die sozialdemokratische Fraktion am 10.11. bei der Wahl des letzten Fraktionsvorsitzenden der Linken Liste/PDS, des parteilosen Roland Hahnemann, zum Vizepräsidenten des Thüringer Landtags. Einig waren sich die Großkoalitionäre, daß die Demokratie viel an Glaubwürdigkeit verlieren würde, wenn der einzigen Oppositionspartei der Platz im Parlamentspräsidium verwehrt würde. Die SPD-Abgeordneten durchkreuzten aber mit ihrem Votum für Hahnemann den heimtückischen Plan des CDU-Chefs, durch Stimmenthaltung der beiden Volksparteien zwar das Gesicht zu wahren, den Vize von der Offenen Liste der PDS aber als nur von seiner Partei gewählten Amtsinhaber kräftig zu demontieren. Der Lohn für diese (nicht unbedingt zu erwartende) Konsequenz war beträchtlich: Die SPD demonstrierte dem Seniorchef mit dem Ergebnis von 39 Stimmen für Hahnemann und 34 gegen ihn, daß sie für ihre Position jederzeit zumindest die „Kanzlermehrheit“ von fünf Stimmen gewinnen kann, während der CDU auch ihre starke Fraktion nichts hilft ohne die SPD.

Von den Wahlkampfaussagen der SPD blieb nicht viel...

Vielleicht hilft diese Demonstration beim Gerangel um die Ministerposten. Auf jeden Fall aber tröstet sie für die

vielen Kröten, die offenbar von der SPD schon geschluckt sind. Denn von den stolzen Forderungen, für die von der SPD Wahlkampf geführt wurde, ist bei den spärlichen Nachrichten über die Sachverhandlungen nichts zu hören. Kein Wunder. Ministerpräsident Vogel hatte ja in der Elefantenrunde vor der Wahl seinem Herausforderer zur Großen Koalition schon offen gesagt, daß keiner dieser Punkte mit der CDU zu machen sei: staatliche Wirtschaftspolitik, Verkehrsalternativen, Auflösung des jährlich 1/2 Mrd. verschlingenden Landesverwaltungssamts und der Doppel- und Dreifachstrukturen in der Polizeiführung, Förderung des sozialen Wohnungsbaus und Wohnungsbauprogramm. Aber nicht nur über die eigenen Positionen hatte Herr Vogel keine Unklarheiten aufkommen lassen. Mit süffisantem Lächeln prophezeite er seinem Herausforderer, daß nach den Wahlen von diesem nichts mehr zu diesen Wahlaufräumen zu hören sein würde.

Warum läßt sich ein so ehrgeiziger und in einem zentralistischen Staatswesen gut sozialisierter Mann wie Fraktionschef Schuchardt derart vorführen? Warum drängte er seine Parteivorsitzende an den Rand, die den wieder einmal alternativlosen Männern geraten hatte, die CDU in die Rolle einer Minoritätsregierung zu zwingen? Sieht er nicht, daß die SPD in einer solchen defacto-Koalition sich immerhin ein Vetorecht erkämpft und der verhafteten PDS nicht die alleinige Oppositionsrolle überlassen hätte? Meint er wirklich nur, einmal richtig umzufallen sei besser, als ständig umzufallen?

Die SPD ist Gefangene eigener Konstruktionen

Schon vor den Wahlen schuf sich die Thüringer SPD drei Konstruktionen, in denen sie nun gefangen sitzt.

Da ist der Hauptgrundsatz von der stabilen Regierung. Sehen wir einmal von diesem erneuten Beweis ab, wie tief in der deutschen sozialistischen Bewegung der Glaube an den starken Staat und die Geringsschätzung eines wirklich starken Parlamentes sitzt. Auch pragmatisch hält die Konstruktion keiner Nachprüfung stand: Wo wäre eine SPD-Regierung schwach und instabil, die im Parlament immer eine Mehrheit fände, wenn sie sich nur die Mühe mache, sie jeweils bei einer der beiden nicht regierenden Parteien zu suchen?

Fadenscheinig auch das Argument, die SPD wolle die SED-Nachfolgepartei nicht weiter aufwerten. Kann in der tiefen Krise der bundesdeutschen Gesellschaft eine Partei mehr Autorität gewinnen als in der Rolle des einzigen Ansprechpartners im Parlament für alle, die Reformen oder gar Alternativen suchen? Als einzige reformerische Bewegung der Zivilgesellschaft, die auch im Parlament vertreten und nicht Gefangene derer ist, die fröhlich so weiterwurzeln wollen und schon die bloße Möglichkeit irgendeiner Alternative in Abrede stellen?

Auch die beim Parteivolk einsichtige These, man wolle sich nicht zum Gefangenen der PDS machen, ist eigentlich durchsichtig: Eine entschlossen ihr Wahlprogramm realisierende SPD



Berlin. Knapp 2000 Beschäftigte, Studierende und Patienten der Charité demonstrierten am Mittwoch, dem 9. November, vom Bettenhaus zur Humboldt-Universität. „Jetzt reicht's“ — titulierte der Personalrat ein Informationsblatt, in welchem er zu der Kundgebung während der Arbeitszeit aufrief. Universitätsleitung und ÖTV unterstützten die Aktion.

Anlaß für Demonstration und Kundgebung ist die vom Berliner Senat geplante Fusion von Charité und Rudolf-Virchow-Krankenhaus (bisher Universitätsklinikum der Freien Universität). Die Beschäftigten befürchten, daß zwar der Name ihrer Einrichtung, aber sonst nicht viel von der traditionsreichen Klinik übrigbleiben wird. Wissenschaftsminister Erhardt (CDU) verspreche viel, aber in dem vorgelegten Gesetzentwurf findet sich nichts davon wieder. Keine der erhobenen Forderungen sei berücksichtigt worden. Sollte sich dies nicht ändern, will der Rat der Medizinischen Fakultät gegen die Fusion stimmen. — (har)

zwänge die CDU, sich auf die Mitte zu zubewegen, wenn sie nicht zur Bedeutungslosigkeit verkommen wollte, und prüfe die PDS, ob sie wirklich Veränderungen auf den Weg bringen oder nur populistisch Unzufriedenheit bündeln will. Welcher Gefangene könnte derart das wirkliche Geschehen bestimmen?

Allerdings müßte die SPD dann öffentlich machen, wie viele Gemeinsamkeiten es zwischen den beiden Parteien des demokratischen Sozialismus gibt, oder aber, wie viele Felder dieser politischen Strömung die SPD preisgegeben hat oder preiszugeben entschlossen ist.

All die, welche das Grundgesetz dieser Gesellschaft, die Konkurrenz von Warenproduzenten, auch in die Politik übertragen, werden das in der Tat als völlig unakzeptabel finden. Und eine solche Übertragung ist völlig logisch für alle, die in Politik nichts anderes sehen als den umfangreichen und gewinnträchtigen Verkauf von Meinungen, Konzepten und politischem Einfluß.

Parteienkonkurrenz oder Veränderung der Gesellschaft

Wir sollten die Sozialdemokraten, die so denken, nicht schmähen. Gibt es doch leider schon nach kurzer Existenz in der Konkurrenzgesellschaft auch in der PDS genügend Leute, die über einen Platz in der Konkurrenz der Parteien links von der CDU meditieren.

Wer aber in den Parteien auch oder gar in erster Linie die einzigen Institutionen sieht, über die Menschen und Menschengruppen sich im parlamentarisch-politischen System Geltung oder doch wenigstens Stimme verschaffen können, die oder den stellt die Existenz mehrerer politischer Parteien mit ähnlichem Selbstverständnis nicht vor Konkurrenzprobleme. Vielmehr sehen sie wie er darin die Chance, daß sich real, in ihren Existenzbedingungen und/oder ihrem kulturellen Habitus und Selbstverständnis verschiedene Gruppen aufeinander zu bewegen, daß im politischen Bereich Möglichkeiten

be- und entstehen, einen Konsens zwischen ihnen zu finden. Wer wirklich eine offene, vielfältige Gesellschaft will, wer dem Gedanken von Herrschaft über andere wirklich abgeschworen hat, wird eine solche Chance suchen, statt sie zu fürchten.

Werden solche Gedanken Fuß fassen können in der SPD? Der Zweifler sind mehr als der Zuversichtlichen. Die einen haben geschichtliche Erfahrungen für sich. Die anderen ihre Erfahrung mit sich selbst: Vor der Selbstkorrektur stehen meist die abenteuerlichsten Verrenkungen. Der Selbstbetrug ist leichter als die Umkehr. Solange er funktioniert. Aber: Wer zu spät kommt

... Die SPD im Osten ist da besser dran als die im Westen. Auf jeden Fall hat sie keine Chance, nach den Wahlen vergessen zu machen, wofür ihre Mitglieder, ihre Wählerinnen und Wähler ihr Vollmacht gegeben haben. Das Wahlprogramm, die Dresdner Erklärung, das Berliner Parteiprogramm werden ihr unentwegt begegnen: in den Anträgen und Kritiken der Opposition, die das mit führenden Parteien erfahrene Volk der DDR in die Parlamente schickte, sobald es sich dazu die politische Freiheit erstritten hatte. Einer Opposition, die eine angriffsfreudige und ideenreiche sowie von Bürgerinteressen gespeiste Oppositionspolitik machen wird (Thüringer PDS-Fraktionsvorsitzende Dr. Ursula Fischer). Und die SPD-Fraktion wird sich im Alltag des Parlaments angesichts ihrer Mitglieder und ihres Wahlvolks immer wieder zu entscheiden haben, wozu sie steht — zu ihrem Programm, ihren politischen Zielen und Überzeugungen oder zu ihren Ministern und deren Seniorchef. Sie wird sich öffentlich in die Gefangenschaft der CDU zu geben haben oder sich frei machen für das, was das Land und seine Menschen so dringend brauchen: die Sicherheit der Veränderung.

Dieter Strützel ist Stellvertreter der Landesvorsitzenden der PDS Thüringen

Bisher längster Streik im Osten beendet

Bamberger Löblein-Gruppe mußte sich dem Druck beugen

Der seit dem 19.9.94 von der Belegschaft der Schildauer Fleischwaren GmbH durchgeführte Streik wurde am 10.11.94 mit einem Kompromiß beendet.

Die in Bamberg ansässige Löblein GmbH hatte seit 1991 von Konsum und Treuhand insgesamt 19 Betriebe in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen übernommen. Mit der Übernahme wurde den Beschäftigten in Betriebsversammlungen die Erhaltung der Arbeitsplätze und die Einhaltung der tarifvertraglichen Verpflichtungen zugesichert. In der Praxis wurden aber dann in vielen Betrieben Arbeitsplätze abgebaut, Betriebe geschlossen und Tarifverträge nicht eingehalten.

In einem Brief an alle Beschäftigten der Löblein-Firmengruppe schrieb die Gewerkschaft NGG am 6. Oktober: „Die Belegschaft des Schildauer Fleischwarenbetriebes kämpft um eine tarifliche Absicherung ihrer Entgelte. Auch der Schildauer Betrieb wurde von der Firma Löblein aus Bamberg neben 18 anderen Betrieben gekauft. Bei der Übernahme des Fleischwarenbetriebes wurde die vorhandene Tarifbindung nicht akzeptiert.“

Der Schildauer Fleischwarenbetrieb war im Verband für die Fleisch- und Geflügelwirtschaft der fünf neuen Bundesländer tarifgebunden. Danach mußte heute eine Fachkraft 2450,00 DM brutto als Entgelt erhalten. Tatsächlich zahlt die Firma Löblein 2100,00 DM brutto.

Seit mehr als einem Jahr wird von Seiten der Gewerkschaft NGG in Zusammenarbeit mit dem Betriebsrat versucht, einen Haustarifvertrag abzuschließen. Alle bisherigen Versuche scheiterten jedoch an der Weigerung der Geschäftsleitung.

Nachdem die Belegschaft des Schildauer Betriebes dennoch auf eine tarifliche Absicherung pochte und nicht locker ließ, trat die Firma Löblein für den Schildauer Fleischwarenbetrieb dem Arbeitgeberverband Ernährungsindustrie in Sachsen bei. In der jetzt abgeschlossenen Tarifrunde hat er allerdings dem Arbeitgeberverband keine Tarifvollmacht erteilt, so daß der jetzige Tarifvertrag, der eine Erhöhung in Stufen auf 2325,00 DM vorsieht, für die Schildauer Fleischwaren GmbH nicht zur Anwendung kommt.

Die Kolleginnen und Kollegen in Schildau haben das Katz- und Mauspiel der Firma Löblein satt. Sie fordern zurecht für gute Arbeit guten Lohn.

Wer jetzt auf einen Tarifvertrag verzichtet, wird auch in Zukunft nach Gütten des Arbeitgebers bezahlt. Das können wir uns nicht gefallen lassen.

Deshalb liebe Kolleginnen und Kollegen: Es geht nicht nur um eine Tarifbindung für die Schildauer Kolleginnen und Kollegen. Es geht um die generelle Frage, ob die Firma Löblein auf Dauer eine tarifvertragliche Absicherung verweigern kann.

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den fünf neuen Bundesländern sind keine Menschen zweiter Klasse. Deshalb fordern wir Euch auf, auch in Eurem Betrieb dafür Sorge zu tragen, daß Betriebsräte gewählt und eine tarifvertragliche Bindung hergestellt wird. In den Betrieben, in denen eine Tarifbindung besteht, muß sie auch eingefordert oder eingeklagt werden.“

Während des Streikes wandte sich die Gewerkschaft und die Beschäftigten auch an die Ministerpräsidenten der drei Länder Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen, da die Löblein-Gruppe, wie viele andere westliche Firmen, für ihr „Engagement“ im Osten enorme staatliche Förderungen kassierte und diese nun noch auf Kosten der Beschäftigten erhöhen wollte.

Nach über sieben Wochen endete der Streik, in dem auch erstmals in der Nachkriegsgeschichte der NGG eine sogenannte Angriffsaussperrung vorgenommen wurde, mit einem nach Meinung des Landesbezirksvorsitzenden der Gewerkschaft NGG von Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen, Manfred Werske, tragfähigen Kompromiß.

Die Arbeitgeber haben zugesichert, bis Mitte 1996 110 Arbeitsplätze zu erhalten und für 35 Kollegen zielgerichtete Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen innerhalb des Betriebes zu organisieren. Ein bis zum 30. September 1995 vereinbarter Haustarifvertrag sieht vor, das Brutto-Entgelt eines Facharbeiters ab 1. Januar 1995 von derzeit 2100,00 DM auf 2300,00 DM zu erhöhen. Bis spätestens Ende 1995 soll für alle 19 Betriebe der Löblein-Gruppe in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen ein Haustarifvertrag abgeschlossen werden. — (sta)



Offener Brief der Belegschaft an Biedenkopf

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Biedenkopf,

wie Sie vielleicht in der Zwischenzeit aus den Medien erfahren haben, findet seit Montag, 19.9.1994 um 12 Uhr ein unbefristeter Streik in der Schildauer Fleischwaren GmbH statt. Der Betrieb ist einer von insgesamt 19 Produktionsstätten, die die Firma Löblein aus Bamberg in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen aufgekauft hat.

Im Juli 1994 war unter Anwesenheit auch von Vertretern Ihrer Staatskanzlei die Grundsteinlegung für einen neuen Produktionsbetrieb in Schildau. Nach unseren Informationen erhält die Firmengruppe Löblein für die Investition im Neubau Fördermittel des Landes Sachsen.

Hintergrund des seit über einem Jahr schwelenden Tarifkonfliktes ist die Tatsache, daß die Firma Löblein mit der Übernahme des Fleischwarenbetriebes in Schildau die vorhandene Tarifbindung nicht akzeptiert hat. Die MitarbeiterInnen fielen unter den Tarifvertrag für die Fleisch- und Geflügelwirtschaft der fünf neuen Bundesländer, nach dem zur Zeit für eine Fachkraft 2450,00 DM brutto gezahlt werden müßten.

Nachdem die Belegschaft auf die tarifliche Entlohnung pochte, trat die Schildauer Fleischwaren GmbH dem Sächsischen Arbeitgeberverband Nahrung und Genuß e.V. bei, dessen Tarif bei 2100,00 DM lag. Der jüngste Tarifabschluß in dieser Branche kommt jedoch für den Betrieb nicht zur Anwendung, da die Schildauer Fleischwaren GmbH dem Arbeitgeberverband keine Tarifvollmacht erteilt (Erhöhung der Entgelte ab 1.10.1994 auf 2215,00 DM, ab

1.11.1994 auf 2300,00 DM und ab 1.10.1995 auf 2325,00 DM).

Die Belegschaft verurteilt das Verhalten der Geschäftsleitung in dieser für die Beschäftigten so wichtigen Frage auf das Schärfste. Sie fordern zu Recht eine tarifliche Bindung für alle Beschäftigten bzw. den Abschluß eines Haustarifvertrages.

Statt eines konstruktiven Dialoges mit der Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten und der Belegschaft zu suchen, hat er mit Kündigungen und sogar Betriebsschließung gedroht. Herr Löblein muß endlich seiner sozialen Verantwortung gerecht werden und die gute Leistung aller MitarbeiterInnen mit einem entsprechend gestiegenen Entgelt, das tarifvertraglich abgesichert ist, entlohnen.

Dieses unsoziale Verhalten hat er auch in seinen anderen Ost-Betrieben an den Tag gelegt, indem er die geltenden Tarife entweder nicht angewandt oder sogar unter Tarif bezahlt hat.

Bitte unterstützen Sie uns in dieser schwelenden Tarifauseinandersetzung. Wer mit Fördermitteln des Landes Investitionen in den neuen Ländern tätigt, der hat auch die Verpflichtung, existenzsichernde und für die Branche vergleichbare Tarife zu zahlen. Aus diesem Anlaß möchten wir Freitag, den 23.9.1994 mit einer Delegation der Belegschaft und als zuständige Vertreter der Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten bei Ihnen vorsprechen, um mit Ihnen die aktuelle Lage zu erörtern.

Mit freundlichen Grüßen,
Manfred Werske, Landesbezirksvorsitzender Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten Sachsen/Sachsen-Anhalt/Thüringen

PDS-Landesparteitag: Keine Atempause für Berliner PDS

Berlin. Wohl als erste Berliner Partei hat die PDS auf ihrem Landesparteitag am vergangenen Wochenende den nächsten Wahlkampf eingeläutet. Als drittstärkste Partei in Berlin wird von ihr zunehmend mehr Sachkompetenz erwartet. So hat sich der Landesverband auch ein großes Arbeitspensum für das kommende Jahr verordnet:

— Möglichst noch im Dezember soll eine gemeinsame Konferenz der Landesverbände Berlin und Brandenburg der PDS zum Thema Zusammenarbeit oder Fusion der Länder Berlin und Brandenburg sowie zur Verwaltungsreform stattfinden.

— Im 2. Quartal 95 soll eine mietenpolitische Großveranstaltung Positionen

zur Einführung von Vergleichsmieten, Mietpreisbildung, Belegungsrecht ... erarbeiten.

— Im selben Quartal soll eine sozialpolitische Konferenz stattfinden.

— Im August ist eine alternative Metropolenkonferenz linker Kommunalpolitiker geplant,

— einen Monat später eine arbeitspolitische Großveranstaltung.

— Im Oktober, kurz vor den Wahlen zu Abgeordnetenhaus und Bezirksverordnetenversammlungen, wird es eine Bilanz der Fraktionsarbeit geben.

„Zwischendurch“ sind zwei weitere Landesparteitage geplant, um Wahlausagen der Berliner PDS sowie eine Landesliste zu beschließen.

Zu den Wahlen wurde mit großer Mehrheit beschlossen, eine Landesliste aufzustellen. Nach dem Bundestags-

wahlergebnis würde die PDS 24 Sitze im Abgeordnetenhaus erringen, 18 davon als Direktmandate. Auf der „offenen Landesliste“ (sollen) Personen aus den sozialen, politischen und kulturellen Bewegungen aus dem linken, demokratischen, antifaschistischen, ökologischen und feministischen Spektrum kandidieren“.

Die PDS „will kein direktes oder indirektes Parteienbündnis. Wir wollen eine Zusammenarbeit, die die weltanschauliche, politische und religiöse Unterschiedlichkeit achtet und als gemeinsame Bereicherung versteht. Wir wollen eine Zusammenarbeit, die in zu vereinbarenden Grundfragen verlässlich und geprägt von gegenseitiger Solidarität und gegenseitiger Verpflichtung füreinander ist.“ Bei der Aufstellung der Listen „ist die Mindestquotierung von 50% zu gewährle-

ten, dabei soll gesichert werden, daß mindestens die ungeraden Plätze von Frauen besetzt werden. Es soll abgesichert werden, daß innerhalb der Bezirke auch bei der Besetzung der Direktkandidaturen Frauen zu mindestens 50% berücksichtigt werden.“

Darüber hinaus wurde der Landesvorstand beauftragt, einen personellen Vorschlag für die Listenplätze 1 bis 7 in Konsultation mit dem Landesrat, den Bezirksvorständen sowie der Fraktion im Abgeordnetenhaus zu erarbeiten, der auch die inhaltlichen Positionen der PDS „überbringt“. Eine Arbeitsgruppe soll einen ersten Entwurf der Wahlausagen bis zum 1.3.95 vorlegen. Zeitlich wird zuerst die Landesliste in der ersten Mai-Hälfte beschlossen, anschließend wählen die Bezirke ihre Direktkandidaten. — (har)

„Das vereinte Deutschland zukunftsfähig machen“

Dokumentiert: Auszüge aus den Koalitionsvereinbarungen von CDU/CSU und F.D.P.

Die gesamte Koalitionsvereinbarung umfaßt 50 Seiten und gliedert sich in neun Abschnitte:

Präambel

- I. Staat schlanker machen – Bürokratie abbauen
- II. Staatsfinanzen sichern – Steuerreform fortsetzen
- III. Wirtschaft modernisieren – Arbeitsplätze schaffen – Mittelstand stärken

- IV. Familie stärken – Sozialstaat durch Umbau festigen – preiswerte Wohnungen schaffen
- V. Offensive für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur
- VI. Ökologie und Marktwirtschaft
- VII. Starker Rechtsstaat. Erhalt des inneren Friedens – Bürgerrechte – Bürgersicherheit
- VIII. Europa- und Außenpolitik, Sicherheit und Verteidigung.

Wir dokumentieren im folgenden die Präambel und die beiden Abschnitte zur Innen- und Rechtspolitik sowie zur Außen- und Verteidigungspolitik. In diesen beiden Bereichen kann die neue Regierung spätestens nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu Bundeswehreinsätzen auch mit ihrer knappen Mehrheit im Bundestag extrem weitreichende politische Entscheidungen treffen – von Vereins-

verboten gegen Ausländerorganisationen in der BRD bis hin zur Entscheidung von Bundeswehreinheiten zu Militäreinsätzen weltweit. Die gesamte Koalitionsvereinbarung wird in dem in Kürze erscheinenden Ergebnisheft der BWK-Bundesdelegiertenkonferenz dokumentiert werden. Gegen einen Unkostenbeitrag von 10 DM kann sie auch beim GNN-Verlag in Köln bestellt werden. — (rül)

Präambel

Am Ende dieses Jahrhunderts haben wir die Chance, die Zukunft in Frieden, Freiheit und Freundschaft mit all unseren Nachbarn zu gestalten. Die Koalition der Mitte ist bereit, die Verantwortung für unser Land auch in Zukunft zu tragen. Aus unseren Überzeugungen, Erfahrungen und Leistungen der vergangenen 12 Jahre leitet sich unser Anspruch ab, die Zukunft weiterhin erfolgreich zu gestalten.

Wir wollen die Gelegenheit nutzen, die vielfältigen und tiefgreifenden Veränderungen der jüngsten Zeit, die ganz Deutschland betreffen, für eine grundlegende Erneuerung zu nutzen. Politisch bewährte Rezepte der Vergangenheit werden den vor uns liegenden Herausforderungen nicht mehr gerecht. Wir müssen mit Phantasie und Mut neue Wege gehen: Viele gewohnte Verfahrensweisen, Normen und Strukturen sind heute nicht mehr tragfähig, um unser gemeinschaftliches Leben zu gestalten. Deshalb ist ein Umbau unseres Gemeinwesens geboten.

Wir müssen den Blick in das nächste Jahrhundert richten und Deutschlands Zukunftsfähigkeit sichern. Die Koalition der Mitte setzt daher nachfolgende Schwerpunkte für ihre künftige Arbeit:

Wir wollen die innere Einheit

Deutschlands weiter vollenden.

Der Aufbau in den neuen Ländern hat auch in den vor uns liegenden Jahren Vorrang vor dem Ausbau in den alten Ländern. Wirtschaftsförderung und Arbeitsmarktpolitik werden auf hohem Niveau fortgesetzt und dabei zugleich flexibel an die erreichten Aufbaufortschritte angepaßt. Positive Erfahrungen aus dem Aufschwung Ost – z.B. mit Erleichterungen im Planungs- und Genehmigungsverfahren – werden auf die alten Länder übertragen.

Wir wollen Deutschland fit machen für das Jahr 2000.

Unser Land soll auch im nächsten Jahrhundert seine Stellung als eine der wichtigsten Industrienationen, als vorbildlicher Sozialstaat und als Nation mit großen Leistungen auf den Gebieten von Bildung, Forschung und Kultur behaupten können. Als besonders wichtig betrachtet die Koalition die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen, den Abbau überzogener Bürokratie und die Gewährleistung solider Staatsfinanzen. Darüber hinaus setzt sie zur Sicherung der Zukunft Schwerpunkte in der Familienpolitik und im Bereich Bildung, Wissenschaft und Forschung.

Wir wollen die innere Sicherheit in Deutschland stärken.

Die Erhaltung der inneren Sicherheit in Deutschland hat elementare Bedeutung für die Zukunft unseres freiheitlichen Rechtsstaates. Bei der Bekämpfung der Kriminalität müssen Bund und Länder in einer gemeinsamen großen Anstrengung

gung zusammenwirken. Das Thema der Gesetzgebung in der 13. Legislaturperiode werden vor allem die neuen Dimensionen des Verbrechens sein.

Wir wollen unsere Verpflichtungen gegenüber Berlin und Bonn einlösen. Den Ausbau Berlins zur Hauptstadt Deutschlands wollen wir konsequent verwirklichen. Das ist ein wichtiger Schritt zur Vollendung der inneren Einheit. Es bleibt deshalb dabei, daß Bundestag und Bundesregierung in den Jahren 1998-2000 ihre Arbeit in Berlin aufnehmen. In der 13. Wahlperiode müssen wir die notwendigen Baumaßnahmen vorantreiben und die noch erforderlichen rechtlichen Regelungen schaffen. Zur Sicherung der Zukunft der Region Bonn werden wir die zugesagten Ausgleichsmaßnahmen zügig und vollständig umsetzen.

Wir wollen die europäische Integration voranbringen.

Die Koalition will den bisherigen Kurs ihrer interessenwahrenden und wertorientierten Außenpolitik fortsetzen. Die politische Einigung Europas, gestützt auf das Prinzip der Subsidiarität, entscheidend voranzutreiben, bleibt dabei ihr vorrangiges Ziel.

Wir wollen die Regierungskonferenz 1996 nutzen, die demokratische Verankerung und Bürgernähe, die Zusammenarbeit in der Innen- und Rechtspolitik, die Instrumente der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik sowie die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union nachhaltig zu verbessern. Wir wollen die Wirtschafts- und Währungsunion unter strikter Einhaltung der Konvergenzkriterien verwirklichen.

Zugleich wollen wir die jungen Demokratien in Mittel- und Osteuropa weiter an die Europäische Union heranführen mit dem Ziel ihres Beitritts, sobald die Voraussetzungen hierfür vorliegen, und die Partnerschaft mit den anderen Ländern Osteuropas sowie dem Mittelmeerraum weiter ausbauen.

VII. Starker Rechtsstaat. Erhalt des inneren Friedens, Bürgerrechte, Bürgersicherheit

1. Kriminalität bekämpfen

Der Erhalt des inneren Friedens muß als gesamtstaatliche und gesamtgesellschaftliche Aufgabe verstanden werden. Eine wirksame Prävention setzt ein Zusammenspiel von Bund und Ländern mit den tragenden gesellschaftlichen Kräften und der Wirtschaft in allen Bereichen voraus, denn wirksame Kriminalpolitik kann nicht allein mit den Mitteln der Strafrechtspflege geleistet werden, sondern besteht aus einer Vielzahl von Maßnahmen. Auf die Zivilcourage jeder Bürgerin und jedes Bürgers kann nicht verzichtet werden.

Die Gewährleistung der inneren Sicherheit, die Bekämpfung der Krimina-

lität und der Schutz der Bürger bei Achtung ihrer Grund- und Freiheitsrechte sind wie bisher auch in der 13. Legislaturperiode wichtige politische Aufgaben. Mit der Öffnung der Grenzen, insbesondere zu unseren östlichen Nachbarn, mit dem Zusammenbruch der sozialistischen Systeme und den alle staatlichen und gesellschaftlichen Strukturen betreffenden grundlegenden Umwälzungen hat sich die grenzüberschreitende und internationale Kriminalität sowie die Beteiligung neuer Tätergruppen verändert. Aber auch die nach wie vor hohe Eigentumskriminalität und die Gewaltbereitschaft stellen Herausforderungen an den Rechtsstaat dar. Die Koalition sieht es als vordringliche Aufgabe an, gegenüber diesen Herausforderungen das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in den Rechtsstaat und in das Funktionieren seiner Institutionen zu stärken.

Zur Bündelung aller Maßnahmen von Bund und Ländern wird das im Jahre 1993 vorgelegte Sicherheitsprogramm von Bund und Ländern zu einem nationalen Kriminalitätsbekämpfungsplan fortentwickelt, der auch die finanziellen und personellen Rahmenbedingungen sowie eine Verbesserung der Arbeit von Polizei und Justiz einbezieht. Zentrale Themen sind die Bekämpfung der Massenkriminalität, der organisierten Kriminalität, der Korruption und des politischen Extremismus.

Die in der letzten Legislaturperiode beschlossenen Gesetze zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität, zur Geldwäsche und zur Verbrechensbekämpfung werden auf der Grundlage von Erfahrungsberichten bis Anfang 1996 ausgewertet. Möglicher Gesetzgebungsbedarf wird dann einvernehmlich festgestellt.

Im Haushaltsbereich wird der Aufwand für Maßnahmen der inneren Sicherheit gesteigert. Im Bereich des Verfahrensrechts werden das Ordnungswidrigkeiten- und Strafverfahrensrecht mit dem Ziel einer Beschleunigung und verbesserten Effizienz noveliert. Im Bereich der grenzüberschreitenden Kriminalität wird die Grenz sicherheit verstärkt, der rasche Aufbau von Europol vorangetrieben und die bilaterale Kooperation insbesondere mit den östlichen Nachbarstaaten intensiviert.

Die Koalition will unverzüglich in Angriff nehmen:

- Novellierung des Bundeskriminalamtsgesetzes,
- Verbesserung des Opferschutzes und Verbesserung des Zeugenschutzes
- konsequente Anwendung des Ausländerrechts auch gegenüber schwerkriminellen Ausländern
- Überprüfung der Strafrahmen auf ihre Stimmigkeit untereinander unter Einbeziehung des Einbruchdiebstahls in Wohnungen,
- gesetzliche Regelung für die Hauptverhandlungshaft,
- verstärkte Hilfe des Bundes insbesondere bei der Ausbildung der Polizei

in den neuen Bundesländern, Fortführung der Hilfe für die Bereitschaftspolizei der Länder,

- Verbot des kommerziellen Organhandels,
- Reform des Staatshaftungsrechts,
- Reform des Jugendstrafvollzugs und der Untersuchungshaft Jugendlicher

2. Drogenpolitik

Drogen sind eine existentielle Bedrohung für Leben und Gesundheit. Die Bekämpfung des Mißbrauchs von Drogen ist eine grundlegende Voraussetzung für ein freiheitliches und friedliches Zusammenleben in unserer Gesellschaft.

Ziel der Drogenpolitik muß es sein, die Zahl der Drogeneinsteiger drastisch zu verringern und bereits Drogensüchtige aus dem Kreislauf der Abhängigkeit zu lösen. Diese Zielsetzung braucht Unterstützung in Familien und Schulen, Kirchen und Medien, Verbänden und Vereinen. Alle gesellschaftlichen Kräfte müssen sich eingehend mit den Ursachen, Formen und Folgen des Drogenmißbrauchs auseinandersetzen.

Bund und Länder müssen verstärkt zusammenwirken. Die Grundprinzipien der Drogenpolitik werden gestärkt und fortentwickelt:

- umfassende Vorbeugungsmaßnahmen zur Einschränkung der Drogennachfrage,
- ausreichende Hilfe für Drogenabhängige durch ein differenziertes Entzugs-, Therapie- und Nachsorgeangebot,
- verbesserte Hilfe für Schwerabhängige,
- entschlossene Bekämpfung der nationalen und internationale Rauschgiftkriminalität.

3. Ausländer- und Staatsangehörigkeitsrecht

Die Koalition wird sich grundsätzlich weiterhin von einer Politik der Integration der Bürgerinnen und Bürger ausländischer Herkunft, die ihren rechtmäßigen Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland haben, leiten lassen. Die Bemühungen auf europäischer Ebene zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung und zu einer fairen Lastenverteilung müssen fortgesetzt werden. Außerdem werden die Möglichkeiten einer Regelung zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung auf nationaler Ebene geprüft.

Die Bundesregierung wird eine umfassende Reform des Staatsangehörigkeitsrechts vornehmen. Dabei werden auch die rechtlichen Regelungen, die für die bei uns lebenden Ausländer die berechenbaren Grundlagen für ihre Lebensplanung bilden, weiter verbessert. Die im Einbürgerungsverfahren bisher vorgesehenen Ermessungsentscheidungen sollen weitgehend durch Rechtsansprüche ersetzt und Fristen beim Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit verkürzt werden.

Für in Deutschland geborene Kinder der dritten Generation wird eine deutsche Kinderstaatszugehörigkeit nach

folgenden Eckpunkten neu eingeführt:

- Ein Elternteil ist in Deutschland geboren, beide Elternteile haben sich die letzten zehn Jahre vor der Geburt des Kindes rechtmäßig hier aufgehalten und sind im Besitz einer unbefristeten Aufenthaltsgenehmigung.
- Das Kind erwirbt mit der Geburt die deutsche Kinderstaatszugehörigkeit zu seiner elterlichen Staatsbürgerschaft hinzu. Die Feststellung erfolgt auf Antrag beider Eltern bis zur Vollendung des 12. Lebensjahres des Kindes durch die zuständige Behörde.
- Ausländer mit deutscher Kinderstaatszugehörigkeit erhalten die gleichen Ausweispapiere wie Deutsche und sind nicht-volljährigen Deutschen gleichgestellt; die erweiterten Nachzugsmöglichkeiten bleiben ausgeschlossen.
- Die deutsche Kinderstaatszugehörigkeit erlischt kraft Gesetzes, wenn nicht binnen eines Jahres nach Vollenlung des 18. Lebensjahres des Kindes das Erlöschen der weiteren Staatsbürgerschaft nachgewiesen wird. Wird dies nachgewiesen, wandelt sich die deutsche Kinderstaatszugehörigkeit in die deutsche Staatsbürgerschaft um.
- Die Bundesregierung wirkt darauf hin, daß in den Herkunftsändern den Ausländern die Aufgabe ihrer bisherigen Staatsangehörigkeit zugunsten des Erwerbs der deutschen Staatsangehörigkeit in einem einfacheren Verfahren ermöglicht wird.

Das Ausländerrecht wird novelliert. Dabei auch das Amt der/des Ausländerbeauftragten gesetzlich geregelt.

Ziel aller dieser Maßnahmen ist es, das Zusammenleben von Deutschen und Ausländern zu fördern und zu verbessern sowie entstehende Probleme bedingt durch unterschiedliche Mentalität, Kultur oder Religion im Geiste der Geduld und Toleranz, des Realismus und der Mitmenschlichkeit zu lösen.

4. Zivil- und Katastrophenschutz
Das ehrenamtliche Engagement freiwilliger Helfer für Mitmenschen in Not und Gefahr ist weiterhin unverzichtbares Element der Notfallvorsorge und wird gefördert.

Der Zivil- und Katastrophenschutz wird in Zusammenarbeit mit den Ländern der veränderten Gefährdungssituation angepaßt, und seine Organisationsformen werden gestrafft und kostengünstig neu gestaltet.

5. Öffentliches Dienstrecht

Am Berufsbeamtentum wird festgehalten. Das öffentliche Dienstrecht wird auf der Basis des Perspektivberichts 1994 der Bundesregierung fortentwickelt, wobei insbesondere Fragen der Leistungssteigerung, der Mobilität sowie der Verbesserung der Teilzeitbeschäftigung und Beurlaubungsmöglichkeiten im Vordergrund stehen. Die Laufbahndurchlässigkeit bei individueller Leistungsfähigkeit wird erhöht. Die Attraktivität des Polizeiberufs soll gesteigert werden.

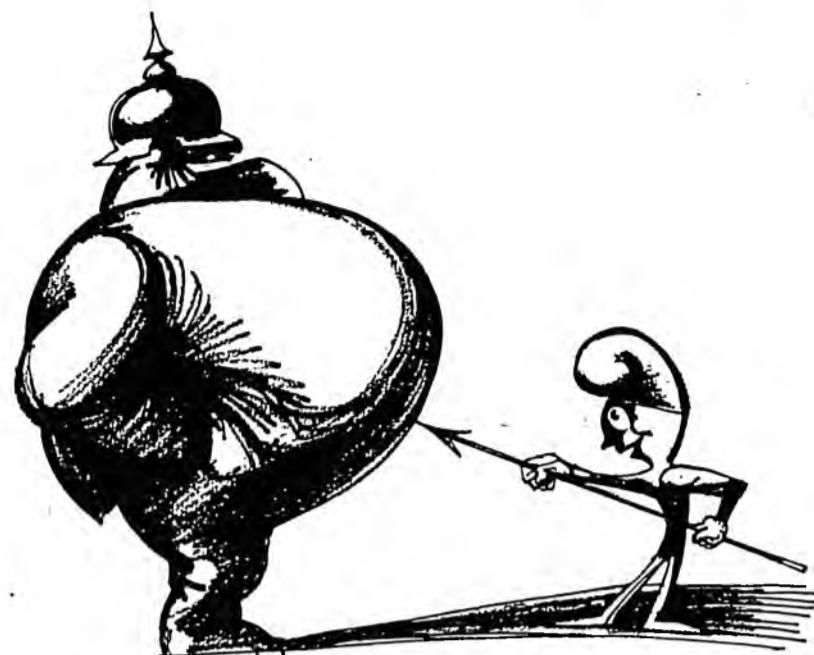
6. Familienrecht

Das Wohl der Kinder, die einen Anspruch auf eine gute rechtliche Absicherung haben, steht im Mittepunkt der Reform des Kinderschutzes. Gemeinsame Sorge, einheitliches Umgangrecht, ein verbessertes Unterhaltsrecht sowie die Aufhebung der gesetzlichen Amtspflegschaft sind dabei wichtige Bereiche.

VIII. Europa- und Außenpolitik, Sicherheit und Verteidigung

A. Leitlinien der Europapolitik

Wir wollen die Einheit Europas in Frei-



Karikatur: Harald Kretzschmar

heit vollenden. Deutschland hat sich für die europäische Integration entschieden. Nur in einem vereinten Europa kann der Friede auf Dauer gesichert werden. Nur ein vereintes Europa kann im Wettbewerb der Kontinente erfolgreich bestehen. Nur in einem vereinten Europa können wir die weiteren zentralen Herausforderungen der Zukunft bewältigen: den Schutz der Umwelt, die technologische Erneuerung der Wirtschaft, die Kontrolle der Zuwanderung und den Kampf gegen das organisierte Verbrechen.

Die Europapolitik muß vor allem Beiträge zur Bewältigung folgender Aufgaben leisten:

- In Umsetzung der in Kopenhagen und Korfu gefaßten Beschlüsse: Stabilisierung der Reformstaaten in Mittel- und Osteuropa durch ihre Heranführung an die EU mit dem Ziel ihrer Aufnahme, sobald die Voraussetzungen dafür vorliegen. Daneben Festigung von Partnerschaft und gutnachbarlichen Beziehungen zu den GUS-Staaten auf vertraglicher Basis. Ferner Entwicklung eines Konzeptes zur Stabilisierung der für Europa ebenfalls wichtigen benachbarten Mittelmeerregion.

- Sicherung des Standortes Europa in einem schärfer werdenden weltweiten Wettbewerb durch Verbesserung der Rahmenbedingungen für Wachstum und Beschäftigung. Die Sicherung der globalen Wettbewerbssicherheit der deutschen und europäischen Wirtschaft verlangt eine stärkere Förderung von Innovations- und Zukunftstechnologien. Moderne und leistungsfähige europäische Infrastrukturen in den Bereichen Verkehr, Energie und Kommunikation müssen auf- bzw. ausgebaut werden. Dies wird zur optimalen Nutzung des Binnenmarktes und zur Sicherung des Wirtschaftsstandortes Deutschland/Europa beitragen sowie positive Wachstums- und Beschäftigungseffekte entfalten.

- Das organisierte internationale Verbrechen, Drogenhandel und Nuklearschmuggel sowie neue Formen der grenzüberschreitenden Kriminalität, wie Menschenhandel und Schlepperaktivitäten, sowie der Terrorismus verlangen Prävention und Bekämpfung auf europäischer Ebene.

Hieraus folgt:

1. Wichtigstes Ziel der Europapolitik der Bundesregierung ist die Festigung der Europäischen Union durch konsequente Anwendung des EU-Vertrages und ihre Weiterentwicklung im Innern wie nach Außen. Hierbei kommt der deutsch-französischen Zusammenarbeit als Kernelement des europäischen

Rahmen eingeordnet werden. Alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union müssen in gleicher Weise an der fortschreitenden europäischen Integration teilnehmen können, jedoch darf die Verweigerung einzelner Mitgliedstaaten Integrationsfortschritte nicht aufhalten. Bei der Vorbereitung der deutschen Position für die Regierungskonferenz 1996 und der deutschen Vertretung bei der Konferenz werden die Bundesländer entsprechend den vereinbarten Verfahren beteiligt.

5. Durchsetzung des Subsidiaritätsprinzips

Die Bundesregierung tritt für ein freiheitlich-demokratisches, föderales und dem Grundsatz der Subsidiarität verpflichtetes Europa der Bürger ein. Dies bedeutet unter anderem:

- Strikte Anwendung und Konkretisierung des Subsidiaritätsgrundsatzes in Artikel 3b EGV, wonach die Gemeinschaft nur tätig wird, sofern und soweit die Ziele der in Betracht gezogenen Maßnahmen auf Ebene der Mitgliedstaaten nicht ausreichend erreicht werden können und daher wegen ihres Umfangs oder ihrer Wirkungen besser auf Gemeinschaftsebene erreicht werden können.

- Ständige Fortschreibung der Subsidiaritätsliste der Bundesregierung, d.h. Überprüfung von Vorschriften auf ihre Vereinbarkeit mit dem Subsidiaritätsprinzip, einschließlich der Streichung derjenigen Vorschriften, die nicht mit dem Subsidiaritätsprinzip vereinbar sind.

Die Bundesregierung wird bei der Regierungskonferenz 1996 auf eine klare Abgrenzung der Aufgaben zwischen der Europäischen Union und den Mitgliedstaaten hinwirken. Hierzu werden auch die Überprüfung bestehender vertraglicher Kompetenzen im Hinblick auf ihre Vereinbarkeit mit dem Subsidiaritätsprinzip (Beispiele: Fremdenverkehr, Katastrophenschutz) sowie die Präzisierung von Artikel 3b EGV durch Umkehr der Beweislast gehören.

6. Rechtzeitige Unterrichtung über Entwürfe von EU-Vorschriften

Der Deutsche Bundestag und der Bundesrat müssen über alle Entwürfe von Vorschriften der Europäischen Union möglichst frühzeitig unterrichtet werden.

7. Finanzfragen:

Die europäische Finanzverfassung muß bestimmt sein von den Grundsätzen der Solidarität und einer fairen Lastenteilung. Die Bundesregierung wird sich einsetzen für:

- Umsetzung der Finanz-Beschlüsse des ER Edinburgh zum Eigenmittelsystem, die eine Bemessung der Bruttobeiträge an der Mehrwertsteuerbemessungsgrundlage und mehr als im derzeitigen System am BSP und damit an der Wirtschaftskraft der Mitgliedstaaten vorsehen,

- Wahrung strikter Haushaltsdisziplin einschließlich der Überprüfung von Programmen,

- Verbesserung der Rückflüsse nach Deutschland (und damit Verringerung der Nettozahlerposition),
- Verbesserung der Betrugsbekämpfung, insbesondere durch Ausarbeitung einer weniger betrugsanfälligen Förderpraxis der EU und einer effizienten Rechnungsprüfung.

8. Soziale Dimension:

Die soziale Dimension ist ein tragender Pfeiler des europäischen Integrationsprozesses. Wir werden keine Abstriche an den hohen deutschen Standards hinnehmen. Eine Harmonisierung sollte sich deshalb weitgehend auf die Festlegung von Mindeststandards konzentrieren.

9. Subventionen:

Der Abbau wettbewerbsverzerrender Subventionen in der EU muß konsequent weiterverfolgt werden. Die Rah-

menbedingungen für die Entfaltung der europäischen Wirtschaft und insbesondere der kleinen und mittleren Unternehmen in der EU sind weiter zu verbessern.

10. Handel

Ein offenes, multilateral geordnetes System des Welthandels bleibt der beste Rahmen zur Wahrung der weltweiten Interessen der deutschen und europäischen Wirtschaft, insbesondere auch im Verhältnis zu den beiden Hauptpartnern USA und Japan, aber auch den Schwellenländern und den Entwicklungsländern. Die EU muß als Instrument zur Stärkung einer solchen Ordnung, insbesondere auch über die WTO, konsequent eingesetzt werden.

Europäische Sicherheit, insbesondere Nato-Erweiterung

Das Nordatlantische Bündnis und der transatlantische Sicherheits-Verbund bleiben unverzichtbare Grundlage deutscher und europäischer Sicherheit. Gemeinsam mit der EU bildet die Nato eines der Fundamente einer dauerhaften und gerechten europäischen Friedensordnung. Wir unterstützen die

schriftweise Erweiterung der NATO, die in engem Zusammenhang mit der Erweiterung der EU (und der WEU) zu sehen ist.

Die Erweiterung der NATO um neue Mitglieder muß Teil eines gesamteuropäischen Sicherheitskonzepts sein. Integration und Kooperation — vor allem eine intensive Partnerschaft mit Russland — müssen sich ergänzen, damit in Europa keine neuen Trennlinien entstehen. Dabei kommt der Stärkung der KSZE eine wichtige Rolle zu.

C. Bundeswehr

Wir wollen eine Bundeswehr, die fähig bleibt zur Verteidigung, die aber auch uneingeschränkt am internationalen Krisenmanagement mitwirken kann. Wir bekräftigen daher die von der Koalition im Sommer 1994 festgelegten Eckdaten zur künftigen Struktur der Bundeswehr und zur Entwicklung des Ver- teidigungshaushalts.

Deutschland wird sich künftig grundsätzlich an Maßnahmen der Staatengemeinschaft zur Aufrechterhaltung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit im Rahmen kollektiver Si-

cherheitssysteme beteiligen. Entscheidungen werden jeweils im Einzelfall und unter Beachtung der Rechte des Deutschen Bundestages entsprechend dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts getroffen; dabei werden wir uns mit unseren Verbündeten abstimmen.

D. Entwicklungspolitik

Die weltpolitischen Umbrüche, die gestiegerte internationale Verantwortung Deutschlands und wachsende globale Probleme stellen die deutsche Entwicklungspolitik vor neue Anforderungen. Die Zahl der Länder, die Unterstützung erwarten, ist größer geworden. Die Sicherung unserer eigenen Zukunft umfaßt neben wirtschaftlicher Zusammenarbeit auch mit den Ländern des früheren Ostblocks die Bekämpfung der Armut, humanitäre Not- und Katastrophenhilfe, Eindämmung von Flüchtlingsströmen, Begrenzung des Bevölkerungswachstums und Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen. Diese Aufgaben unserer globalen Strukturpolitik sind zu verbinden mit der Gestaltung der Entwicklungspolitik der Europäischen Union.

TERMIN

12.11. Arbeitstagung / Mitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft für antifaschistische Kommunalpolitik, Frankfurt, Haus der Jugend. Beginn 9 Uhr, bis 19 Uhr. Bitte Anmeldung bei Feuling, Paulstraße 13, 69469 Weinheim

26./27.11. Jahrestagung — Arbeitskonferenz der Volksfront und a.o. Bundeskongreß zur Beschlusstafassung über den Satzungsentwurf. Köln, JHK.-Deutz.

5.—8.1.95 Linke Winterschule in Schnepfenthal, Thüringen. Themen: Wirtschaft: Betriebsverfassungsgesetz der PDS und Organisation der Selbstverwaltung, Memorandum 94 u.a. Geschichte: Übergang von Konservatismus zu Faschismus anhand aktueller und historischer Beispiele Philosophie: Auseinandersetzung mit Nietsche.

Anmeldungen bei: GNN-Verlag, Palmaille 24, 22767 Hamburg.

Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik — erscheint vierzehntäglich.

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, 50674 Köln, Zülpicher Straße 7. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan (zu erreichen über: Kurdistan-Komitee, Hansaring 66, 50670 Köln, zur Zeit verboten), Christoph Cornides (über: GNN, Postfach 120722, 68163 Mannheim), Jörg Detjen (über: GNN, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln), Martin Fochler (über: GNN, Schwanthaler Str. 139, 80339 München), Christiane Schneider (über: GNN, Palmaille 24, 22767 Hamburg), Herbert Stascheit (über: GNN, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz).

Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Alfred Küstler; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Diskussion / Dokumentation: Ulrike Detjen; für Aus Ostdeutschland: Herbert Stascheit; für Aus Kultur und Wissenschaft: Angela Lux.

Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Nachrichtenverband niedersächsischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen.

Vierteljährliche Beilage: Rundbrief der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“.

Redaktionsanschrift: GNN-Verlag, Postfach 260226, 50515 Köln. Hausadresse: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373, Datentelefon (nur für GNN-Programme): 0221/246915.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. Konto: Postgiroamt Köln, BLZ 37010050, Konto Nr. 10419-507.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,00 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 32,50 DM (Förderabo 39,- DM), ein Jahresabonnement kostet 65,- DM (Förderabo 78,- DM). Für Bezieher aus den neuen Bundesländern, Personen in Ausbildung und Arbeitslose: 39,- DM. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: Tribüne Druck GmbH, 12435 Berlin.

Nachrichtenverbindungen: Berlin: GNN-Verlag, Dieffenbachstr. 33, 3. Hof, Eingang C, 10967 Berlin, Tel. 030/6949257, Fax: 030/6949454.

Hamburg: GNN-Verlag, Palmaille 24, 22767 Hamburg, Tel. 040/381393, Fax: 040/3898331.

Hannover: GNN-Verlag, Grenzweg 4, 30165 Hannover, Tel. 0511/3520816.

Köln: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373.

München: GNN-Verlag, Schwanthaler Str. 139, 80339 München, Tel. 089/5026541, Fax: 089/5028112.

Schkeuditz (bei Leipzig): GNN-Verlag, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz, Tel. 034204/657111, Fax und Dat.-Tel. 034204/65893.

Stuttgart: GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 0711/624701, Fax: 0711/621532.

Polizeischikane gegen Redakteur des Magazins GEHEIM in Köln

Am Dienstag, den 8. November 1994, morgens um 7.00 Uhr, wurde die Bundesanwaltschaft Karlsruhe durch eine achtköpfige Gruppe aus Beamten und Beamten der Stabschutzabteilung (ST) der Meckenheimer Dependace des Bundeskriminalamtes (BKA) bei dem Kölner Journalisten und Publizisten Michael Opperskalski vorstellig und ließ ihn zu einer „freiwilligen staatsanwaltschaftlichen Anhörung“ nach Meckenheim komplimentieren, begleitet von zwei Beamten, während die übrigen sechs eine akribische Durchsuchung der Arbeits-, Wohn- und Kellerräume begannen.

Der angegebene Grund für den Einsatz der Staatsmacht: Verdacht der Agententätigkeit nach § 99 StGB, vulgo „Stasi-Verdacht“.

Das Verhör in Meckenheim, seit Dienstag abend unter der veränderten Voraussetzung einer vorläufigen Festnahme mit anschließender Nacht in Bonner Polizeigewahrsam geführt, dauerte zwei Tage, ebenso die Durchsuchung der Arbeits- und Privaträume Opperskalskis in Köln.

Ergebnis: Der Vorwurf hat sich als unhaltbar erwiesen; aber — der Stabschutz hat seine „operative Maßnahme“ gegen das Magazin *Geheim* gehabt und kistenweise Material aus Opperskalskis journalistischen Arbeitsunterlagen und Arbeitsmitteln einschließlich Archiv von Köln nach Meckenheim verschleppen können.

Beides wünschte der Stabschutz sich freilich schon lange, genauer — seit Gründung des geheimdienstkritischen Blattes *Geheim* durch Michael Opperskalski vor fast zehn Jahren:

Im Februar 1985 versprach der damalige Staatssekretär Spranger des damaligen Innenministers Zimmermann in der Antwort auf eine parlamentarische Anfrage zu *Geheim* die Beobachtung der Zeitschrift durch den Stabschutz und drohte mit Verbot (Antwort auf die mündliche Anfrage des MdB Krey am 28. Februar 1985, Plenarprotokoll 11, S. 9117, vgl. *Geheim* 1/89, S. 15) Im April 1989 versicherte die Bundesregierung in ihrer Antwort auf eine Anfrage von Frau Schilling und der Fraktion Die Grünen der Öffentlichkeit glaubwür-

dig, daß der Staatsschutz die Zeitschrift *Geheim* unterdessen fleißig beobachtet habe und weiter beobachte, war aber um Verständnis dafür, daß die Offenlegung operativer Maßnahmen „aus Geheimhaltungsgründen“ unterbleiben müsse (Deutscher Bundestag, 11. Wahlperiode, Drucksache 11/4294, 4. 4. 1989).

Nicht „aus Geheimhaltungsgründen“, aber „aus Rechtsgründen“ blieb die Bundesregierung dann 1992 die Antwort auf die Frage schuldig, worauf ihre Erkenntnis beruhe, „in *Geheim* arbeiteten zahlreiche „Linksextremisten“ mit“.

Das hatte der Hannoveraner Politologe und Jurist Dr. Thilo Weichert vom Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz wissen wollen, nachdem das BfV bei der „operativen Maßnahme“ vom Oktober 1991 gegen Weicherts Kandidatur zum Amt des Landesbeauftragten für den Datenschutz in Brandenburg ihn u.a. unter Berufung auf seine Mitarbeit an *Geheim* (notiert ist ebenfalls seine Mitarbeit an *cilip* / Berlin und *DANA* / Bonn) als „Linksextremisten“ zu diskreditieren versucht hatte (vgl. Verfassungsschutz in *flagnanti criminis*, *Geheim* Nr. 3/93, Seite 11-15).

Die Entführung von Arbeitsunterlagen und Arbeitsmitteln macht nicht nur Journalisten arbeitsunfähig; das verlängerte Erwerbseinkommen muß bei Bundesanwaltschaften und BKA eingeklagt werden.

Die Herausgabe der entwendeten Arbeitsunterlagen und Arbeitsmittel muß gerichtlich erzwungen werden.

All das kostet Geld. Dagegen gibt es (noch) keine Versicherung.

Deshalb rufen wir auf zur Einrichtung eines „Stasi-Fonds“, einer Unterstützungsstiftung solcherart staatschutzgeschädigter Kolleginnen und Kollegen.

Redaktion *Geheim*, GNN-Verlag

GEHEIM

Erscheint seit 1985, seit 1992 vierteljährlich.

Verlag und Bestellanschrift: GNN-Verlag, Dieffenbachstr. 33, 10967 Berlin, Tel. 030/6949257, Fax (030) 6949454.

Redaktion: Hans Peter Bordien, Dr. Rolf Gössner, Michael Opperskalski.

Preise: Einzelheft 7,50 DM. Jahresabo 32 DM (in den neuen Ländern: 22 DM).

Aus dem Inhalt von Heft 3/94:

Jürgen Gottschlich: Die Risikoreserve im Sicherheitsverbund: Die Bundeswehr.

Ulrich Vultejus: Das Deckert-Urteil.

Hans Peter Bordien: Zum Gedenken: Vor 50 Jahren wurde Ernst Thälmann ermordet.

Ali Reza Andabili: Irans geheimes Netzwerk.

Michael Opperskalski: Clinton in der Falle.

Arthur E. Rowse: GLADIO. Der geheime Krieg der USA, die Demokratie in Italien zu untergraben.

Das verborgene Gesicht der Gruppenarbeit

Kontinuierlicher Verbesserungsprozeß

Vorgestellt: Vorwort und Zeichnungen aus einer Broschüre der „Wildcat“-Gruppe in Köln

Im Frühjahr dieses Jahres erhielten wir von Kollegen aus dem Opel-Werk in Figueruelas bei Zaragoza (Spanien) eine kleine Broschüre zur Gruppenarbeit. Mit Karikaturen wird die Gruppenarbeit kritisiert, werden die eigentlichen Ziele der Unternehmer aufgedeckt, die sich hinter einem Schwall von schönen Worten verbergen. An verschiedenen Punkten der Betriebsvereinbarung wird aufgezeigt, wie sich in ihr nur die Interessen der Firma wiederfinden und wie der Betriebsrat dem nichts entgegensezten. Die Blätter gehen auch darauf ein, welche Möglichkeiten die Arbeiter haben, in der neuen Arbeitsorganisation ihre Interessen durchzusetzen.

Zuerst hatten die (unorganisierten) Kollegen in Spanien nach und nach die einzelnen Blätter mit den Karikaturen gemacht — daher „Sammelblätter“ — und in der Fabrik, in den Pausenräumen und an den Spinden, aufgehängt. Erst später entstand die Idee, jedes Blatt mit einem ausführlicheren Text zu ergänzen und das ganze im März 1994 als Broschüre herauszugeben, die sie dann in der Fabrik verteilen.

Wir haben diese Broschüre übersetzt und dem Original entsprechend gestaltet — als Beispiel für die Auseinandersetzung mit der Gruppenarbeit in einer Autofabrik in Spanien und als Anregung für unser Eingreifen hier. Da es teilweise um die konkreten Regelungen und die besondere Situation bei Opel in Figueruelas geht, haben wir außerdem die Betriebsvereinbarung übersetzt und die Kollegen gebeten, einen kurzen Bericht über die Einführung der Gruppenarbeit zu schreiben. Daraus geht hervor, daß die ArbeiterInnen in dieser spanischen Fabrik vor denselben Problemen stehen wie wir, sich mit derselben Politik des Managements und Kooperation des Betriebsrats auseinandersetzen müssen. Durch die Übersetzung der Texte wollen wir dazu beitragen, daß diese Gemeinsamkeit unserer Probleme deutlich wird. Daß wir nicht in einem „Wettbewerb“ mit den ArbeiterInnen in anderen Ländern oder von anderen Unternehmen stehen, sondern in einer gemeinsam Konfrontation mit den Unternehmern, die überall dieselben Methoden und Techniken einsetzen, um mehr Arbeit aus uns herauszupressen.

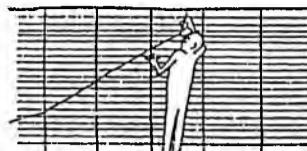
Die Texte aus Spanien nehmen dazu eine deutliche Position ein. Sie stellen sich klar auf den Standpunkt der Arbeiter, statt nach einem Kompromiß zwischen der unternehmerischen Profitgier („Wettbewerbsfähigkeit“) und den Interessen der ArbeiterInnen zu suchen. Damit geraten sie unweigerlich in Konflikt zur Politik der Gewerkschaften, die in Spanien wie hier nach diesem Ausgleich suchen.

Die ArbeiterInnen haben in den letzten Jahren der Krise genug Erfahrungen damit gemacht, wie die Unternehmer mit Gruppenarbeit und KVP das Letzte aus uns herausholen wollen. Arbeitswissenschaftler und -mediziner warnen schon vor dem unerträglichen Stress und den gesundheitlichen Folgen dieser Arbeitsorganisation. Aber die IG-Metall preist weiterhin die „Chancen“, die den ArbeiterInnen mit „lean production“ und KVP gegeben würden.

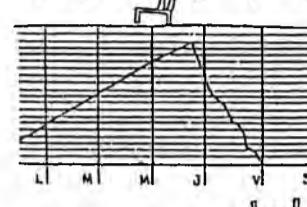
„Durch die Einsicht, daß Identifikation und Motivation wichtige Elemente einer effektiven Produktion, Entwicklung und Administration sind, gibt es neue Chancen einer Verbindung von Humanisierung der Arbeit und Demokratisierung der Betriebe einerseits mit einer höheren Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie andererseits.“ (Der Gewerkschafter, 10/94) Natürlich wird auch davor gewarnt, daß die Unternehmer aufgrund „kurzsichtiger Sparprogramme“ mit „lean-production“ nur die altbekannten Methoden der Arbeitsverdichtung, Disziplinierung und Entlassung durchsetzen können. Wie wir das verhindern können, z.B. durch das Ausnutzen der Empfindlichkeit der „lean production“ gegenüber Arbeiteraktionen und kleinsten Produktionsstockungen, wird mit keinem Wort gesagt.

Stattdessen stellen sie wie die Unternehmer die Beteiligung am Kampf um die „Wettbewerbsfähigkeit“ in den Mittelpunkt (s. Sammelblatt 23). Für die reibungslose Einführung von KVP bietet derselbe Gewerkschafter eine Musterbetriebsvereinbarung an, mit der unerschütterlichen Gewißheit: „Der kontinuierliche Verbesserungsprozeß birgt große Chancen für beide Seiten: für das Unternehmen, das seine Produktivität erhöhen kann, und für die Arbeitnehmer, die ihre Aufgaben selbstbestimmter und mit mehr Freude ausführen können.“

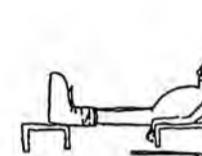
Da stellt selbst die FAZ in einem Bericht über die Arbeit in dem Modellbetrieb Opel-Eisenach sehr viel nüchterner fest: „Vielleicht haben wir allzulange den Theoretikern des MIT und ihren vielen Simplifikatoren geglaubt, die uns seit einigen Jahren einhämmern, Gruppenarbeit sei das Ende des Taylorismus, Eigeninitiative sei besser als Anonymität, und Qualität ersetze die Massenfertigung. Das mag alles richtig sein, solange man nicht vergißt, daß die Freiheit der neuen Fertigungsmethoden ihre engen Grenzen hat. Was anderes als Massenfertigung ist es, wenn auf den Andon-Ampeln digital zu jeder Sekunde die Tageszahl neben der aktuellen Trendziffer erscheint, die jedermann schmerzlich bewußt macht, wie weit man heute wieder hinter dem Planziel der Schicht zurückbleiben wird? Keiner in Eisenach wird daher dem Gedanken verfallen, der Arbeitsalltag sei eine Variante der Selbstverwirklichung.“ (6.8. 1994) Und Kollegen von Opel-Bochum, die



1. Donnerstag



2. Freitag



3. Samstag

Mit 24 Sammelbildern ist die Broschüre illustriert.

schon sehr früh mit Gruppenarbeit konfrontiert wurden und die Zeit der Flitterwochen längst hinter sich haben, schreiben: „Damit bestätigt sich der Verdacht, daß Gruppenarbeit, wird sie in dieser Weise betrieben, mit ihrer Mischung aus umfassenden Kontrollversuchen, Stigmatisierung von ‚Minderleistern‘, Aussiebemechanismen, Identitätsstiftungs- und Ausschlußverfahren eher an die Betriebsgemeinschaften im sog. Dritten Reich erinnert, als an die harmonische Welt der allseitig entfalteten Arbeiterpersönlichkeiten, wie sie vielleicht den Strategen des ‚kooperativen Co-Managements‘ als quasi automatisch sich einstellende Begleiterscheinung von lean production und Gruppenarbeit vorschwebt.“ (express 9/94)

Der ungeheure Druck und die Arbeitsintensivierung wird jetzt aber auch für die Unternehmen zu einem Balanceakt, wenn sie versuchen, die Produktion ohne entsprechende Neueinstellungen hochzufahren. Auf der einen Seite wird die Arbeitsbelastung dann noch unerträglicher, auf der anderen Seite können sie uns nicht länger mit der „Krise“ drohen.

In den letzten Monaten hat es einige Streikbewegungen in Automobilfabriken gegeben, in denen dieser Widerspruch zum Ausdruck kam. Die Kollegen von VW in Brüssel streikten im September fast drei Wochen gegen die hochgetriebene Bandgeschwindigkeit, die Ausweitung der Nacharbeit und angekündigte Entlassungen. Ende September drohte ein Streik in einem Teilewerk von General Motors in Flint/USA, gegen Bandtempo und für Neueinstellung mit festen Arbeitsverträgen, den gesamten nordamerikanischen Produktionsverbund lahmzulegen.

Einen ähnlichen Streik hat-

te es einen Monat zuvor beim GM-Werk in Anderson/USA gegeben, das die Rückleuchten für alle nordamerikanischen Fabriken produziert. Nach nur zwei Tagen stand die Produktion in dreizehn Montagewerken und GM mußte Zugeständnisse machen. Diese Streiks haben damit auch die enorme Anfälligkeit der „lean production“ gegenüber Arbeiteraktionen gezeigt.

Kurz vor der Fertigstellung dieser Broschüre bekamen wir noch den Text „An die Arbeiter von Zaragoza“. Am Beispiel eines Konflikts bei einem kleinen Zulieferbetrieb (Bosal) von Opel schildert er das Verhalten des Gewerkschaftsapparats in dieser für Opel brenzlichen Situation. (...)

Noch ein Wort zum Schluß: Die Texte aus Spanien betonen immer wieder die Wichtigkeit eines aufrechten und ehrlichen Syndikalismus und stellen dem die Erfahrungen mit dem unternehmerfreundlichen, intrighaften und korrupten Verhalten von Betriebsräten und Gewerkschaftsapparat gegenüber. Diese Position ist für uns hier schwer nachvollziehbar, da wir von den Gewerkschaften sowieso nichts anderes erwarten. Die Einbindung der Gewerkschaften ist in Spanien aber noch nicht so alt wie hier. Das Ende der franquistischen Diktatur, unter der gewerkschaftliche Aktivitäten nur in der Illegalität stattfinden konnten, ist noch keine 20 Jahre her. In der folgenden Aufbruchsstimmung tauchte innerhalb kurzer Zeit ein breites Spektrum von Organisierung in den Betrieben auf – von autonomen Versammlungen und Mini-Gewerkschaften bis zu den parteipolitisch gebundenen Dachverbänden. Über 1000 Gewerkschaften wurden bis Anfang der 80er Jahre registriert. Durch staatliche Regulierungen und Repräsentativkriterien wurde diese Vielfalt wieder zurückgedrängt. In relativ kurzer Zeit bildeten sich dann die Apparate der anerkannten Gewerkschaften heraus.

Das Verhalten von gewendeten und korrumpten Gewerkschaftern ist von daher für viele ArbeiterInnen eine enorme Enttäuschung, denn es sind zum Teil dieselben Leute, mit denen sie gemeinsam in der Diktatur unter schwierigsten Bedingungen gekämpft haben. Und heute müssen sie ihre Kämpfe im klaren Gegensatz gegen sie führen.

— (Wildcat, Köln, im Oktober 1994)

(Das Vorwort wurde aus Platzgründen von d. Redaktion geringfügig gekürzt.)

Das verborgene Gesicht der Gruppenarbeit

Zur Einführung der Gruppenarbeit bei GM-Opel in Figueruelas/Zaragoza



Die Broschüre schildert die Einführung der Gruppenarbeit in der spanischen Opel-Fabrik, dokumentiert die Betriebsvereinbarung und enthält 24 Sammelblätter mit Karikaturen, in denen einige Arbeiter die Gruppenarbeit kritisieren und die eigentlichen Ziele des Unternehmens aufzeigen. Außerdem: Bericht über den Konflikt bei einem Zulieferbetrieb von Opel und das Verhalten von Betriebsrat und Gewerkschaften dabei. (72 S.)

Wildcat • Sisina-Köln • Pf. 30 12 06 • 50782 Köln

4 Mark (Versand gegen 5 Mark in bar oder Briefm.)